

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110.

Freitag, den 12. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 10. Mai 1905.

182. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Stäbel, Dr. Nieberding.

Präsident Graf Ballestrem begrüßt freundlichst die erschienenen Kollegen. — Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Faller (N.) durch Erheben von den Sitzen.

Ein paar Rechnungssachen werden fast debattelos erledigt.

Das sanitäre Uebereinkommen — unterzeichnet am 3. Dezember 1903 auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Paris — wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Schrader (Fg.) in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrags Hagemann (N.) u. Gen. betr. Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Der Antrag bezweckt, das Reichsgericht durch Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffengerichte zu entlasten. Diese Zuständigkeit wird in § 27 ausgedehnt auf die nur auf Antrag zu verfolgenden Körperverletzungen auf das Vergehen des Hausfriedensbruchs, der Bedrohung mit der Verübung eines Verbrechens, sowie des strafbaren Eigenmordes in verschiedenen Fällen. Erweitert wird die Zuständigkeit für Vergehen der Unterschlagung, des Betruges, der Sachbeschädigung, der Begünstigung und der Fälschung bis auf Werte von 150 Mk. statt wie bisher von 25 Mk.

Die Abgg. Hagemann (N.), Dr. Brunstermann (wildf.), Dr. Porzig (N.), Lattmann (Ant.) befürworten die Annahme des § 27 in der Kommissionsfassung.

Das Haus, mit Einschluß der Sozialdemokraten, nimmt fast einstimmig die Kommissionsfassung an.

Nach debatteloser Annahme des § 28 kommt der Antrag Lattmann auf Gewährung von Tagegeldern an die Schöffen zur Beratung. Lattmann (Ant.) begründet den Antrag.

Staatssekretär Dr. Nieberding wendet sich gegen den Antrag. Jedes der 2000 Schöffengerichte Deutschlands wird durch die Reform mit einem Mehr von durchschnittlich 5-6 Strafsachen pro Jahr belastet. Diese geringe Mehrbelastung kann zu einer so wichtigen prinzipiellen Maßregel, wie sie der Antrag Lattmann fordert, keine Veranlassung bieten. Auch müßte die Sache, wenn sie für die Schöffengerichte geregelt wird, ebenso für die Schwurgerichte geregelt werden. Dieses Notgesetz darf nicht mit der Frage der Entschädigung der Laienrichter verknüpft werden, deren Regelung der neuen Strafprozeßordnung vorbehalten bleiben muß.

Stadthagen (SD.) fordert den Reichstag auf, sich von der verstellten Drehung des Staatssekretärs nicht einschüchtern zu lassen. Redner verweist auf eine große Anzahl von Fällen, in denen sozialdemokratische Arbeiter wegen ihres Parteistandes als Schöffen abgelehnt, bzw. nicht einberufen worden sind. Ein solches Vorgehen widerspricht dem klaren Sinn und Wortlaut des Gesetzes. Mehrere werden mit Vorliebe Mentiers, verabschiedete Offiziere usw. zum Schöffennamt berufen. Um so notwendiger sind Diäten, die dem werththätigen Volke die Teilnahme am Schöffennamt gestatten. Leider hat auch die Strafprozeßreformkommission wiederum keine Diäten für die Schöffen vorgesehen, obwohl doch nur der die Tagegelder für Laienrichter abzulehnen kann, der auf dem Standpunkt der Klassenjustiz steht. Ueberall da, wo allein die Besitzenden tagen, zahlen Sie Tagegelder, wo namentlich an das preussische Abgeordnetenhaus; aber wo die Tagegelder eine Möglichkeit der Beteiligung des arbeitenden Volkes gewähren, da will die Regierung von ihnen nichts wissen. Offenlich wird trotz dieser ablehnenden Haltung der Regierung der Reichstag und namentlich das Zentrum dem Antrag Lattmann zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bohl (Fg.) polemisiert gegen den Abg. Stadthagen. Nicht nur die Arbeiter arbeiten, es gibt auch in anderen Ständen Leute, die arbeiten. (Sehr richtig! links und rechts.) Der Antrag Lattmann ist inkonsequent, da er nicht auch für die Geschworenen Tagegelder vorsieht; wir werden aber trotzdem für ihn stimmen. (Beifall links.)

Dr. Spahn (Z.) tritt für Ablehnung des Antrags ein. Wir sind gewiß prinzipiell für Tagegelder an die Schöffen. Die Frage kann aber nur bei der Reform der Strafprozeßordnung geregelt werden. Wir wünschen keine Bezugnahme auf politische Ansichten bei der Schöffenauswahl. (Bravo! im Zentrum.)

Böcker (Z.) tritt für den Antrag Lattmann ein.

Stadthagen (SD.): Wer nicht arbeitet und nur durch Arbeit anderer erwirbt, der ist der Besitzende. (Wachen b. d. Frei.) Sie lachen darüber, aber es ist eher zum Weinen. Mit der Ablehnung des Antrags Lattmann drücken Sie diesem Gesetz offenbar den Stempel der Klassenjustiz auf die Stirn. Lassen wir es doch ruhig darauf ankommen, ob die Regierung an den Schöffendiaten eine Reform scheitern lassen will, deren Nothwendigkeit sie doch erkannt und betont hat. Ich bitte noch einmal dringend um Annahme des Antrags. (Beifall b. d. Soz.)

Bohl (Fg.): Es ist absolut unzulässig, einen Widerstreit zwischen Arbeiter und Besitzenden zu konstruieren. (Wachen b. d. Soz.) Ein Großindustrieller muß dreimal so viel arbeiten, wie sein Buchhalter. (Wachen bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Lattmann wird gegen die Stimmen der Antisemiten, Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

§ 75 zählt die (von der Kommission vermehrten) Fälle auf, in denen die Strafkammern auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung an die Schöffengerichte überweisen können, wenn anzunehmen ist, daß auf keine höheren Strafen als auf Gefängnis bis 6 (bisher 3) Monaten oder auf eine Geldstrafe bis 1500 (bisher 600 Mk.) zu erkennen sein wird. Die Sozialdemokraten beantragen dazu die Streichung der Worte auf „Antrag der Staatsanwaltschaft“.

Hagemann (N.) empfiehlt die Kommissionsfassung.

Dr. Dörfel (Z.) beantragt Streichung der von der Kommission eingetragenen Bestimmung, wonach für Personen unter achtzehn Jahren das Schöffengericht auch in Fällen zuständig ist, die sonst vor die Strafkammer kommen.

Staatssekretär Dr. Nieberding schließt sich diesen Ausführungen an. Unter Umständen ist es peinlicher für die Eltern der jugendlichen Sünder, wenn diese vor dem Schöffengericht der Heimatstadt, statt vor der Strafkammer des entfernteren Landgerichts zur Aburteilung kommen.

Stadthagen (SD.) tritt für den Kommissionsantrag ein, der auf alle Fälle den Jugendlichen zwei Instanzen sichert. Redner befürwortet weiter den Antrag seiner Fraktion auf Streichung der Bestimmung, daß nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Strafkammer einen Fall an das Schöffengericht verweisen kann. Es kommt darauf an, die Richter von dem Einfluß der Staatsanwaltschaft, einer unabweisbar politischen Behörde, zu befreien, und unser Antrag bedeutet einen Schritt auf diesem Wege. (Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Damit schließt die Debatte und der § 75 wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen weiter eine Abänderung des § 80 des Gerichtsverfassungsgesetzes in dem Sinne der Ueberweisung aller Verbrechen an die Schwurgerichte.

Stäbel (SD.) begründet den Antrag. Nicht nur wir Sozialdemokraten haben mit der Rechtsprechung der Strafkammern über Verbrechen böse Erfahrungen gemacht. Geschwerend tritt hinzu, daß namentlich in Norddeutschland vielfach in den Strafkammern junge Hilfsrichter, Assessoren sitzen, die sich völlig von den Vorsitzenden beeinflussen lassen. Wir wissen, daß auch bei den Schwurgerichten sehr harte Urteile möglich sind, aber wir treten für sie ein, weil sie immerhin unserm Ideal der Rechtsprechung durch das Volk am nächsten kommen, und weil durch sie die Macht des Staatsanwalts wenigstens etwas eingeschränkt wird. Daher werden auch in Süddeutschland, wo die Schwurgerichte für Verbrechen zuständig sind, weit weniger Verbrechen angeklagt, als in Norddeutschland. Unser Antrag würde auch den skandalösen Zustand beseitigen, daß die Staatsanwaltschaft sich die Strafkammern aussuchen und durch Umstellung der Namen ein Verbrechen an irgend einen drakonischen Obermann bringen kann. Vor emer Strafkammer hätte der „Simplissimus“ sicher nicht mit einer Freisprechung geendet. Gewiß sind die Schwurgerichte keine ideale Einrichtung, sind doch die Arbeiter völlig von ihnen ausgeschlossen, während in Schöffengerichten bisweilen selbst sozialdemokratische Arbeiter als Zeisiger funktionieren. Aber auch in ihrem jetzigen Zustande bedeuten die Schwurgerichte gegenüber den Strafkammern das kleinere Uebel. Gegenüber den Bestrebungen auf gänzliche Beseitigung der Schwurgerichte bezweckt unser Antrag eine Ausdehnung dieser Institution und die Schaffung wirklicher Rechtsgarantien für die Presse. (Bravo! b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird durch die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten angenommen, da der übrige Teil des Hauses sehr schwach besetzt ist.

Präsident Graf Ballestrem erklärt eine Anzahl weiterer Anträge von sozialdemokratischer und freisinniger Seite für unzulässig, da sie sich auf die Strafprozeßordnung und nicht allein auf die Gerichtsverfassung beziehen, von der ausschließlich das vorliegende Gesetz handelt. Die Abgg. Stadthagen (Soz.), Heine (Soz.), Bohl (Fgpt.), Dove (Fg.) und Semler (N.) widersprechen dieser Auffassung, der dagegen Abg. Porzig beipflichtet.

Nachdem Graf Ballestrem den Antragstellern anheingegen, bei der dritten Lesung ihre Anträge mit Titel und Ueberschrift des vorliegenden Gesetzes in Uebereinstimmung zu bringen, beschließt das Haus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen die Unzulässigkeit der betr. Anträge für die zweite Lesung.

Auf Antrag Kirsch (Z.) wird beschlossen, das Gesetz 14 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft treten zu lassen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. (Kameruner Eisenbahn und Wahlprüfungen.) (Schluß 6 Uhr.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag ist nach der Osterpause wieder zusammengetreten. Graf Ballestrem sprach die gewöhnlichen Begrüßungsworte, ein paar Rechnungsachen und kleinere Vorlagen wurden mit der Geschwindigkeit, die keine Frage ist, erledigt, worauf das Haus sich der Beratung eines Notgesetzes zur Gerichtsverfassung zuwandte, das von einem bürgerlichen Kartell beantragt worden ist. Es ist bekannt, daß der Antrag einer Verurteilung gegen die Strafkammerurteile nicht nur eine furchtbare Rechtsunsicherheit der Staatsbürger schafft, die fast schloßlos den Urteilen eines zum Teil aus jungen Assessoren zusammengesetzten Fünfmännerkollegium unterworfen werden, sondern auch das Reichsgericht außerordentlich überlastet hat. Die mangelnde Verurteilung führt naturgemäß zu einer unverhältnismäßigen Inanspruchnahme der Revisionsinstanz, als die allein das Reichsgericht funktioniert. Eine gründliche Abhilfe — wohl verstanden nur im Rahmen nicht bloß der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch des spezifisch preussisch-deutschen Verfassungsrechts — bezweckt der zur Zeit in der Bearbeitung der außerparlamentarischen Kommission vorliegende Plan zur Reform der Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung. Das erwähnte Notgesetz will nun durch Ueberweisung einer Anzahl bisher den Strafkammern vorbehalten Fälle an die Schöffengerichte den Spielraum der Revision erweitern und dadurch die Inanspruchnahme der Revision einschränken. Unter eifriger Assistentz des Zentrums bemühte sich die Regierung, das Notgesetz auf diesen engen Grenzen zu beschränken und jede auch die bescheidenste weitere Reform, die bei diesem Anlaß versucht wurde zu verhindern. So bekämpften der Reichsjustizsekretär betriebliebenhaft einen Antrag des Antisemiten Lattmann auf Gewährung von Tagegeldern an die Schöffen. Genosse Stadthagen schloß sich dem Antrage an, indem er darauf hinwies, daß die Verweigerung der Tagegelder an die Schöffen geradezu eine Prämie für Klassenjustiz bedeutet. Auch der freisinnige Bohl sprach sich für den Antrag aus, freilich nicht ohne ein paar ganz überflüssige manchesterliche Nebenarten vom Stapel zu lassen, aber es half alles nichts, Regierung und Zentrum lehteten alle über die Kommissionsfassung herausgehende Anträge ab. Dasselbe Schicksal wie dem Antrag Lattmann widerfuhr einem Antrage unserer Fraktion, welcher die Ueberweisung von Gerichtsverfahren seitens der Strafkammern an die Schöffengerichte vom Antrag der Staatsanwaltschaft abhängig machen will. Dagegen bewirkte die unheilbare Schwänznacht der Junter und Zentrumskräfte, daß ein höchst wichtiger, vom Genossen Stäbel begründeter Antrag unserer Fraktion auf Ueberweisung der Verbrechen an die Schwurgerichte zur Annahme gelangte; wir fürchten aber, daß bis zur dritten Lesung die offiziellen Stupelsticker ihre Arbeit tun und die gewöhnliche reaktionäre Verschlechterungsmehrheit zusammenkommen werden. Eine Reihe weiterer Anträge von unserer und von der freisinnigen Seite werden für diese Lesung zurückgewiesen, da sie angeblich mit Titel und Ueberschrift des vorliegenden Gesetzes in Widerspruch stehen sollen. Sie werden aber bei der dritten Lesung wieder eingebracht werden. — Die nächste Sitzung findet am Donnerstag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Kameruner Eisenbahn und Wahlprüfungen statt.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit dem Antrag Fuchs (Z.) auf Aenderung des Warenhaussteuergesetzes. Die Warenhaussteuer soll ansteigend bis zu einem Umsatz von 400 000 Mk. herab bis zu einem solchen von 200 000 Mk. erhoben werden. Geheimrat Schwarz erklärt namens der Staatsregierung, daß die Abänderung des Warenhaussteuergesetzes nicht geplant werde, zumal das bestehende Gesetz erst 4 Jahre besteht. Die Regierung könne die Warenhäuser nicht unterdrücken. — Es folgte sodann eine längere Beratung, in deren Verlauf Redner sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, sich für eine Revision des Warenhaussteuergesetzes aussprachen, im einzelnen jedoch ihre Stellungnahme vorbehalten. Damit ist die erste Lesung beendet. Es folgte die Beratung des Antrags Funk (Fgpt.) auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes auf Aenderung des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891. Die Kommission hat den Antrag Funk abgelehnt und beschlossen, die Regierung zu eruchen, im Wege der Anregung dahin zu wirken, daß die Gemeinden mehr als bisher auf eine gerechtere, den kommunalen Bedürfnissen möglichst entsprechende Umgestaltung der Gewerbesteuer Bedacht nehme. Die Resolution wird angenommen. — Darauf wurde eine Reihe von Petitionen ohne Erörterung nach den Kommissionsbeschläffen genehmigt.

Von den Aufgaben der Arbeiterausschüsse in Bergwerken hat der preussische Handelsminister Müller eine ganz eigentümliche Auffassung. Er will sie nicht deshalb schaffen, damit sie als Vertreter der Arbeiterinteressen und als Vermittler zwischen Arbeitern und Unternehmern fun-

plern, sondern um sie als Bollwerk gegen die Gewerkschaftsorganisation zu benutzen. In den bisher veröffentlichten sehr mangelhaften Berichten über die Verhandlungen der Schlichtungskommission war die Stellungnahme des Ministers nur sehr knapp und unklar behandelt. Eine um so drückendere Sprache redet der jetzt erscheinende offizielle Kommissionsbericht. Nach ihm ließ sich Herr Müller über die Frage der Arbeiterauschüsse wie folgt aus: „Der Standpunkt der Arbeitgeber in Bestrafen, mit den Arbeitervertretern überhaupt nicht zu verhandeln, könne man nicht mehr als berechtigt anerkennen. Das sei heute ganz unzulässig, da die Arbeiterschaften oft viele tausende Köpfe betragen und noch ständig wachsen. In irgend einer Weise müsse also für eine Vertretung der Arbeiter gesorgt werden, die nicht eine einseitige Vertretung gewisser Parteien sei. Die Ausrufung des Reichstanzlers, daß unsere Gewerkschaften im wesentlichen politische Organisationen seien, wäre nur eine fatalistische. Diese arbeiteten, wie der Reichstanzler mit Recht angeführt habe, vielfach nicht so gut und erproblich, wie in vielen Distrikten von England, weil sie vorwiegend politische Interessen in den Vordergrund rückten. Er stimmte dem Reichstanzler durchaus darin bei, daß man bei den deutschen Arbeiterorganisationen nach der politischen Seite hin mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe als in anderen Ländern. Trotzdem müsse man auf die Dauer mit diesen Organisationen rechnen. Diesen Standpunkt habe er schon im Jahre 1889 vertreten, als er die Ergebnisse einer mit den Herren Deumer und Bued nach England unternommenen Studienreise veröffentlichte. Er habe auch gelegentlich seiner ersten Reichstagskandidatur in Dortmund betont, daß in bezug auf den Arbeitsvertrag Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt seien. Man könne den Arbeitern nicht verschränken, sich zu organisieren, um so weniger, als auch die Arbeitgeber sich in so kraftvoller Weise organisiert hätten. Es sei nicht zu verkennen, daß die Organisation der Arbeiter, die Gewerkschaften, weil sie eben zum Teil einen starken politischen Beigeschmack haben, gerade in Deutschland besonders gefährlich seien und nach vieler Richtung besonders verderblich gewirkt hätten. Um so mehr sei es erforderlich, daß die Direktoren — die Besitzer können ja gar nicht mehr in Betracht — noch eine persönliche Führung mit den Arbeitern hätten. Auf den einzelnen Werken sei es in der Tat bei einer so gewaltigen Industrie, wo so große Arbeitermassen in Betracht kämen, notwendig, daß auch eine Führung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bestehe, und der Verkehr sich nicht nur durch die Unterbeamten vollziehe. Da keine Aussicht vorhanden sei, daß in diesem wichtigen Bezirk die Arbeitgeber freiwillig Arbeiterauschüsse einrichten, weil sie dieselben für schädlich hielten, und weil sie in dem Vorurteil befangen seien, sie wären dann nicht mehr Herren im eigenen Hause, so bliebe keine andere Möglichkeit übrig, um die Führung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen, als die gesetzliche Vorschritt zur Errichtung von Arbeiterauschüssen. Er sei vollständig damit einverstanden, daß, wenn man den Ausschüssen weitergehende Funktionen gebe, wenn man sie, wie an der Saar, gewissermaßen als Staatsfunktionäre zur Kontrolle in die Gruben einführen lasse, man unmöglich dulden könne, daß die Vertreter der einzelnen Werke ihrerseits sich zu einem großen Parlament vereinigen und ihrerseits über die Arbeitgeber zu Gericht säßen. Als sich ähnliche Bestrebungen an der Saar geltend gemacht hätten, habe der Minister sofort verfügt, daß das unzulässig wäre, und daß diejenigen Ausschußvertreter, welche zu einer derartigen Organisation gehen würden, ihrerseits der königlichen Bergarbeiterschaft nicht weiter angehören können. Das gute Verhältnis, das sich zwischen den Direktoren und den ruhigen Arbeitern herausbilden würde, würde ein starkes Bollwerk sein gegen die Agitationen der Gewerkschaften, mit denen man allerdings dauernd zu rechnen haben werde. Je mehr diese Gewerkschaften, besonders der Allgemeine Bergarbeiterverein, sich zu gefährlichen politischen Institutionen entwickelten, umso mehr sollte man streben, sich in den Ausschüssen ein konservatives gegenüber den turbulenten Elementen zu schaffen.“ Mit dieser Äußerung müßte Herr Müller sich dargeben finden, daß mit den Arbeiterorganisationen nun einmal gerechnet werden muß. So soll denn mit den Arbeiterauschüssen, indem man sie zu einer Kollaboration befähigt macht, was sie sein sollten, der Versuch gemacht werden, den Einfluß der Organisationen lahm zu legen. Die Bergarbeiter werden nun wissen, was sie von dem „guten Willen“ der Reichsregierung zu erwarten haben.

Alkoholbekämpfung und Alkoholproduktion. Der vom Genossen Dr. Fröhlich geleitete „Abstinenz“ bringt in seiner Mai Nummer zwei Zeitungsanschnitte, die ein interessantes Licht auf die Alkoholproduktion und Alkoholbekämpfung werfen:

1. Münch. Allg. Ztg., 29. Juli 1904.
„Die Kaiserin als Feindin des Alkohols. Die Kaiserin ist, wie zahlreiche Beispiele schon erwiesen haben, eine Feindin des Alkohols. Dies hat sie, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, in Kabinen in wohlthätiger Weise wieder zum Ausdruck gebracht. Um nämlich dem Genuß von Branntwein nach Möglichkeit zu steuern, hat die Kaiserin angeordnet, daß in dem Maschinenhause der Kadettenkaserne während des ganzen Tages in einem großen Kessel Kaffee bereit zu halten ist, der zu jeder Zeit in beliebiger Menge an die zahlreichen Gutsarbeiter kostenfrei abgegeben wird.“

2. „Allg. Ztg.“ vom 18. November 1902 (Nr. 906) Artikel: „Ein königlicher Gutsbesitzer.“ Beschreibung des Gutes Kabinen; da heißt es: — „Dicht dahinter erhebt sich die schmale Brennecke, die jetzt ein Jahreskontingent von 3500 Liter liefert.“

Der König von Preußen als Gutsbesitzer läßt 35000 Liter Schnaps fabrizieren und die Kaiserin von Deutschland als Gutsbesitzerin steuert dem Branntweingenuß „nach Möglichkeit“.

Zur Eisenbahntarif-Reform weiß die „Angsbürger Abendztg.“ zu berichten, daß die Verhandlungen in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung der deutschen Eisenbahnverwaltungen auf Grund der preussischen

Vorschläge geführt haben und daß nur noch die formale Zustimmung der einzelnen Regierungen einzufügen ist. Die preussischen Vorschläge bewegen sich in der Hauptsache in folgender Richtung: Aufhebung der Rückfahrkarten und unzulässige Befreiung aller Sonderbegünstigungen; Befreiung des Schnellzugszuschlags und Einführung eines Bonuszuschlags nach dem Vorbild der Platzkarten in den 11 Klassen; einheitlicher Tarif, für die 1. Klasse 7 Pf. pro Kilometer, für die 2. Klasse 4,5 Pf. pro Kilometer, für die 3. Klasse 3 Pf. pro Kilometer und für die 4. Klasse 2 Pf. pro Kilometer. Die Einführung der vierten Wagenklasse in Bayern ist nicht zur Bedingung einer Einigung gemacht worden; Bayern wird in Zukunft für die dritte Klasse in den Personenzügen 2 Pf. pro Kilometer und für die dritte Klasse in Schnellzügen 3 Pf. erheben. Auch über die Revision des Gepäcktariifs hat man sich geeinigt, wenigstens in allen wesentlichen Punkten. Es soll für Gepäckstücke ein Sendungstaxi, abgestuft nach Bonen und Gewicht, eingeführt werden. Unter „Sendungstaxi“ hat man zu verstehen, daß mehrere Gepäckstücke als eine Sendung behandelt werden. Ueber den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Tarifs ist noch nichts bestimmt, im laufenden Jahre wird es indes keinesfalls mehr möglich sein. Die „Reform“ ist also, wie das bei dem das preussische Verkehrsministerium beherrschenden konservativen Kreise zu beklagen war, nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes. Wichtigste für das reisende Publikum. Den Vorteil hat nur die Eisenbahnverwaltung durch die eintretende Vereinfachung. Die Reisenden aber werden vielfach in Zukunft mehr bezahlen müssen als bisher. Jetzt fährt man auch in Schnellzügen für 1/2 fachen Personalfahrt hin und zurück. In Zukunft soll noch ein Zuschlag bezahlt werden.

Der Landtagewahlkampf in Bayern ist durch eine lustige Bagdaderei im bürgerlichen Lager eröffnet worden. Bei den Wahlen saßen sich die junge und die alte Richtung und dem Zentrum bereiten die katholischen Arbeitervereine Beschwerden, die energische Arbeiterkandidaten fordern. Man hat sie seinerzeit mit ihrer Forderung an die einzelnen Wahlkreise verwiesen, da die Zentralleitung der Partei mit der Aufstellung der Kandidaten nichts zu tun hätte. Da die Wahlkreiseorganisationen bisher aber keine Laßt gezeigt haben, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen, so haben diese kurz entschlossen am vorigen Sonntag in München eine von den Führern der christlichen Gewerkschaften einberufene Protestversammlung abgehalten, in der mit der Parteileitung scharf das Gericht gegangen wurde. Es wurde mit dem Abfall der Arbeiter vom Zentrum gedroht. Wenigstens ein Sitz sollte für die katholischen Arbeiter noch frei gemacht werden, im anderen Falle drohte man mit Bruch. Diese Vorgänge zeigen jedenfalls, daß dem Zentrum die Arbeiter als Stimmvieh willkommen sind, daß sie aber sonst von den Arbeitern nichts wissen wollen.

Geständnisse einer schönen Kriegerseele. Der „Schwanheimer Anzeiger“ veröffentlicht zwei Briefe eines Schwanzheimers, Andreas Hochhammer, der als Mitglied der Schutztruppe in Südwestafrika ist. Der erste, aus Dmotschuanama vom 20. Februar datierte Brief schildert die Schwierigkeiten des Geländes und enthält dann folgende Stellen: „In der Neujahrnacht haben wir zwanzig Herero totgeschlagen. Das waren die ganzen Feiertage, die wir hatten. Am 27. Februar wird die Hauptschlacht gegen die Hottentotten geschlagen werden. Sonst noch alles beim alten. Ich bin immer noch gesund, aber nicht mehr so lustig wie früher. Hier wird man ganz menschenscheu und grob. Wir schlagen die schwarzen Salunken tot, fällt uns darüber gar nichts ein — es macht uns sogar noch Spaß. Wenn wir einmal 14 Tage kein Gefecht gehabt haben, sind wir wie toll, alles läuft nach Nacht und Blut. Das bringt halt alles der Krieg mit.“ Dem Briefe ist folgendes Schreiben von einem Gefecht am Dmotofa beigegeben: „Der Gegner eröffnet das Feuer mit Patronenabzügen (?), aus denen er Schrauben und Eisenstücke schleßt. Es hörte sich toll an, als unsere Schnellfeuergeschütze anfingen zu donnern, und dazu noch das Brüllen der Hereroweiber und -männer. Die Weiber treiben ihre Männer an mit den Worten: Cheba ologombe, urere, urere, auf deutsch: los, los. Als die Maschinengewehre ihre Mäusel begannen, konnten die Weiber ihre Männer nur dadurch zum Stehhalten bewegen, daß sie den Wiederhall nachmachten und hoch-bach-bach brüllten. Ein Hereroweib brüllte zu uns herüber: omewa eta ojewombu na lu nana taf, das heißt auf deutsch: „das ist unser Wasser, das kriegt ihr nicht.“ Sie wurden aber alle nieder geschmettert.“

Wie in unsern herrlichen Kolonien die Unternehmer die Arbeiter hintergehen, ist aus folgender Meldung des „S. C.“ aus Rom zu ersehen: Der Auswanderungskommissar Mainate empfing eine Kommission der von der Firma Koppel aus Swalopmund heimgeleiteten Arbeiter, die die Firma des Kontraktbruchs beschuldigen. Nach der „Tribuna“ hat Mainate festgestellt, daß von der Firma die verabsorgten Lebensmittel nicht allein unter den Vohntabazügen mit über hohen Preisen verrecknet waren, sondern auch völlig ungenügend waren; besonders sei über Mangel an Fleisch geklagt worden. Da alles dies den von der Firma übernommenen Verpflichtungen widerspricht, so erwägt der Kommissar, ob er nicht die von der Firma hinterlegte Kaution von 50000 Lire beschlagnahmen soll. — Hoffentlich lassen sich deutsche Arbeiter durch solche Versprechungen, die nachher doch nicht gehalten werden, nicht verlocken, im Wüstensand unserer Kolonien zu verkommen.

Niederlage der deutschen Truppen? Moronga soll einer aus Deutsch-Südwestafrika nach Kapstadt gelangten, allerdings unbestätigten Meldung zufolge die deutschen Truppen geschlagen haben, die große Vorräte und Munition verloren haben sollen. Man rechnet damit, daß Moronga und Witbooi den nach Keetmanshoop unterwegs befindlichen Transport angreifen.

Opfer der Sandwüste. Ein Telegramm aus Windhof meldet: An Typhus gestorben: Reiter Johannes Raven, geboren am 23. September 1881 in Lüdersdorf, früher im Dragonerregiment Nr. 17, am 7. Mai im Lazarett Woffersfeld; Reiter Otto Prellig, geboren am 7. April 1883 in Pelpzig, früher im Eisenbahnregiment Nr. 1, am 7. Mai im Lazarett Swalopmund.

Rußland.
Der zarische Mord in Warschau. Der russische „Wostok“ veröffentlicht die Bille der bisher erkannten Leichen der Ermordeten bei der sozialdemokratischen Demonstration am 1. Mai, sowie der schwerwiegend verwundenen, von denen ein großer Teil bereits gestorben ist. Unter diesen vom Regierungsbillett bis jetzt aufgezählten 54 Opfern der Zarenherrscher befinden sich nur elf erwachsene Männer über 20 Jahre. Alle übrigen sind Frauen, Kinder und Halbwüchsigel!

Zur russischen Arbeiterbewegung. Für Dienstag nachmittag war in Petrowepark in Petersburg eine Arbeiterversammlung angekündigt, jedoch hat sie dort nicht stattgefunden. Den „Nowosti“ zufolge wäre die Versammlung an einem andern Orte abgehalten worden; die Zahl der Teilnehmer soll einige Tausend betragen haben; es wurde beschlossen, die Arbeiter durchaus friedlich zu gehen, damit der Polizei keine Gelegenheit gegeben werde, einzuschreiten. Die Versammlung soll friedlich verlaufen sein. — In einer von 1000 Fabrikarbeitern besuchten Versammlung außerhalb der Stadt Rebal, an der Delegierte aus St. Petersburg und Moskauer Personen teilnahmen, wurde beschlossen, anlässlich der Arbeiter einen dreitägigen Ausstand zu veranlassen und an die Fabrikanten abermals Forderungen zu stellen, deren Nichterfüllung innerhalb 12 Stunden Brandstiftungen in den Fabriken nach sich ziehen würde. Die Versammlung sang nach der Melodie „Ein feste Burg ist unser Gott“ das Lied „Nicht vom Kaiser, nur aus eigenen Kräften kommt uns Hilfe“. Um die Versammlungschäfte waren Nachhören angeordnet, um die Anstalt der Polizei zu signalisieren. Es war jedoch durch falsche Mitteilungen irreführt und suchte die Versammlung in einer ganz andern Gegend.

Die streikenden Arbeiter in Lodz haben ihre Forderungen den Arbeitgebern überreicht. Der Brotmangel in der Stadt dauert fort. — Sechs Sozialdemokraten offiziere überfielen in der Schulpassage zwei Juden, verletzten und verhafteten sie.

Russische Arbeiterstatistik. Nach den soeben veröffentlichten Daten werden bei der letzten Volkszählung in Russland 9 156 080 Personen als Arbeiter und Dienstboten registriert, von denen über 30 Proz. oder 2 821 050 Frauen waren. Die Zahl der Dienstboten wird auf 2 113 121 Personen angegeben, davon 63 Proz. oder 1 336 322 weiblichen Geschlechts. Unter den Arbeitern waren 1 095 084 Tagelöhner und Schwarzarbeiter ohne bestimmte Beschäftigung; 2 722 890 waren mit Hülfsarbeit und Arbeit beschäftigt und nur 3 224 985 können als wirkliche Fabrikarbeiter bezeichnet werden. Der größte Teil der Dienstboten und Arbeiter ist sozialer Abstammung und nur etwas über ein Viertel stammt aus anderen Gouvernements. In Ausländern findet man unter den Arbeitern in Russland nur 1 1/2 Prozent.

Frankreich.
Der Benzingeruch scheint dem Marineminister Thomson, der zu einem Motorbootrennen nach Toulon gereist war, zu Kopf gestiegen zu sein, denn er führt in seiner unvermeidlichen Rede aus: Die erste Pflicht der Demokratie ist es, den Frieden zu sichern, und um den Frieden zu sichern, müssen wir unsere Marine mächtig und stark erhalten. Wenn wir uns überflüssig lassen, würden wir bald von der zweiten auf die dritte, vierte und fünfte Stufe sinken. Das Beispiel von 1870 lehrt uns immer vor Augen. Wenn Frankreich in der Welt besiegt worden ist, so geschah dies, weil es nicht vorbereitet war und weder Geschütze noch Gewehre hatte. Damals haben wir nur die Ehre gerettet und wenn wir weiter nichts als die Ehre retten konnten, so ist die Schuld denjenigen beizumessen, die das Land von Deutschland entwaffnen ließen. Es herrscht Einstimmigkeit darüber, daß damals das Kaiserium schuld war, schloß der Minister. Es soll niemand am Tage vor einem nicht mehr zu verhütenden Unglück sagen, daß die Republik dafür verantwortlich zu machen sei.

Der Minister Dr. Caffes, der seit einiger Zeit erwartet und zugleich verlangt wird, scheint nach Pariser Meldungen demnächst zur Tat zu werden. Als Nachfolger im Ministerium des Äußeren wird der Botschafter Cambon, ein persönlicher Freund des Ministerpräsidenten Rouvier, bezeichnet.

England.
Das englische Unterhaus hat am Dienstag den Vortag Campbell Baxters, der Regierung wegen der Vorgänge in der irischen Verwaltung ein Mißtrauensvotum anzusprechen, mit 315 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Im Verlaufe der Verhandlungen tabelten die irischen Unionisten in scharfer Weise die Beziehungen Wyndhams (R.) zu dem irischen Unterstaatssekretär Mac Donnell und drangen darauf, daß dieser auf einen anderen Posten überführt werde; sie erklärten, vorläufig die Regierung nicht unterstützen zu können. Premierminister Balfour sprach seine scharfe Mißbilligung der mißtraulichen Haltung der irischen Unionisten gegenüber Wyndham und ihm selbst aus und wiederholte die Versicherung, daß er ein Anhänger der unionistischen Sache sei; er spendete Wyndham warmes Lob für seine Erregungenschaften als Sekretär von Irland.

Afrika.
Die Buren gegen die neue Transvaal-Verfassung. General Botha erklärt im Namen der Buren ein Manifest gegen die Verfassung, welche die englische Regierung, wie kürzlich telegraphisch gemeldet wurde, dem ehemaligen Burgers von Transvaal geben will. Die englische Regierung bleibe vollständig unabhängig von den Beschlüssen der Legislative, selbst bezüglich der Einsetzung und Bezahlung der Beamten. Das Parlament werde nichts anderes sein, als ein Diskussionsklub. Daß den Buren nicht das Recht eingeräumt sei, in ihrer eigenen Sprache zu debattieren, sei im höchsten Grade unpraktisch und verletzend zugleich.

Rußland und Japan.
Die Erbitterung gegen Frankreich wegen dessen Neutralitätsverletzung ist in Japan immer noch im Wachen. Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Die Mitglieder der Handelskammer haben den Antrag

gestellt, mit Rücksicht auf die Neutralitätsbrüche alle Handelsbeziehungen mit Frankreich aufzuheben zu lassen. Wenn der Antrag durchgeht, wird ein gemeinsames Vorgehen der Handelskammern des Landes eingeleitet werden.

Wachsende Offiziersbesatzung. Der „Balken-Matin“ gibt folgende Mitteilungen: „Vor einigen Tagen glaubte der japanische Gesandte Muroto Herr de Laforce bemerken zu müssen, daß die russische Flotte sich in Port Arthur befindet. Das Ministerium des Aeußeren benachrichtigte hierauf das Kolonialdepartement und Admiral Jorqueres wurde beauftragt, die Sache auf ihre Wichtigkeit zu prüfen. Er stellte fest, daß die Flotte sich weder in der Son-Roho-Bucht, noch in den französischen Territorialgewässern befindet. Nichtsdestoweniger ließ der Generalgouverneur durch den französischen Residenten in Nhatang den Admiral Roschdestwensky auffordern, sich zu entfernen, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Am 3. Mai dampfte der Admiral mit seinem Geschwader ab und man weiß gegenwärtig nicht, wo er sich befindet.“ Hiermit im Widerspruch stehen jedoch die Berichte, welche von japanischer Seite veröffentlicht wurden.

Die Vereinigung der Flotte des Admirals Nebogatow mit derjenigen Roschdestwensky's soll angeblich vollzogen sein. Es wird darüber aus Saigon gemeldet: Das Geschwader Nebogatow's erschien 20 Meilen östlich Kap St. Jacques und schickte sich an, die Fischgründung hinauszufahren, in der Hoffnung, Meldungen über das Geschwader Roschdestwensky's vorzufinden und sich mit frischen Lebensmitteln zu versehen. Ein französisches Torpedoboot wurde jedoch dem Admiral entgegengejagt, um ihm zeitweiligen Schutz zu verleihen, daß die Vereinigung der beiden Geschwader in französischen Gewässern erfolge. Infolge dessen kehrte Nebogatow auf die hohe See zurück, wo er seinen Anführer nach der anamitischen Küste seine Vereinigung mit Roschdestwensky's inzulassen vollzogen hat.

In der Mandchurei scheint General Alnowitsch in aller Eile nach Kuopalingem Wasser anzuvisieren, um die dortigen Vorarbeiten der Japaner ebenen neuen Maßstab vorzubereiten. Wichtiges wird in Peking von Kriegsminister mitgeteilt, daß alle Vorbereitungen getroffen werden, um Charbin zu räumen. Die Japaner werden nach Schen verlegt. — Währenddessen hat die Japaner damit beschäftigt, in verschiedenen von ihnen okkupierten Teilen der Mandchurei eine Zivilverwaltung einzurichten. „Reuter's Bureau“ sagt darüber: Die Zivilverwaltung des von den Japanern besetzten Gebietes wird nur in den Teilen angeordnet, die vorher unter russischer Verwaltung standen; tatsächlich ist sie auf Peking beschränkt. In dem besetzten chinesischen Gebiet bleibt die Militärverwaltung vorläufig bestehen unter Anerkennung der chinesischen Souveränität. Sibjuga, der erste Rat der Verwaltung auf Formosa, soll zum Verwalter der Provinz ernannt und eine Art Verwaltung im großen und ganzen nach dem System der Verwaltung auf Formosa eingerichtet werden.

Opfer des Krieges. Der „Nowoje Wremja“ zufolge befinden sich zwischen dem Baital-See und Bladwojot 2000 Offiziere und 30 000 Mannschaften verwundet oder krank in den Lazaretten.

Lübeck und Umgebung etc.

Donnerstag, den 11. Mai 1905.

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Flußschiffahrts-Vertrieb von S. Drews ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Flußschiffer. Der Zugang von Maurern nach Burg (Fehmarn) und Reinfeld i. S. ist streng fernzuhalten!

Die Lübecker Arbeiterkassette begehrt heute abend ihre Schillerfeier im „Vereinshaus“. Wir eruchen unsere Parteigenossen nochmals, zahlreich und rechtzeitig zu erscheinen.

Der Bürgerausschuß bewilligte gestern die Mehrausgaben für die Bürgerkassette in Höhe von 2817,21 Mk. nach. — Gleichfalls erteilte er seine Mitgenehmigung einem Senatsantrage, der wünscht, daß dem Finanzdepartement zum Ankauf der den Gebäuden betreffend gehörenden Anlegebrücke bei Israelsdorf die Summe von 500 Mk. bewilligt werde. — Gutachtlich erklärte sich der Bürgerausschuß auch für den Senatsantrag, der verlangt, daß der Baudeputation zur Verlegung der Hauptentwässerungssiele auf dem Grundstück des neuen Zentralgefängnisses der Betrag von 12 000 Mk. bewilligt und diese Summe auf die durch die Staatsanleihe gewonnenen Mittel angewiesen werde. — Mitgenehmigt wurde ein Senatsantrag, der befragt, an der Westseite des Schuppens 26 auf der Wallhalbinsel einen Feuermelder mit einem Kostenaufwand von 1000 Mk. zu errichten. — An eine Kommission, bestehend aus Dobbertin, Heinsohn, Schaff, Bussen und Dimpfer, wurde ein Senatsantrag verwiesen, der besagt, 1. daß der Behörde für das Feuerlöschwesen für die Einrichtung und Ausstattung der neuen Hauptfeuerwache auf dem Grundstück des Fleischhauerstraße 91 der Betrag von 43 400 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, zur Verfügung gestellt und daß diese Summe auf Anleihegeld der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angewiesen werde; 2. daß vom 1. Okt. 1905 ab das Gehalt des Branddirektors auf 1600 Mk. erhöht werde; 3. daß vom 1. Juni 1905 ab ein Telegraphenmechaniker mit einem von 1800—2600 Mk. steigenden Gehalte und vom 1. Oktober 1905 ab drei Feuermänner mit einem von 1200—1600 Mk. steigenden Gehalte angestellt werden und 4. daß die infolge der angeführten Personalveränderungen und der Einstellung von zwei weiteren ständigen Geplanten vom 1. Oktober d. Js. an für das Jahr 1905 erforderlich werdende Mehrausgabe von 418 Mk. auf Kap. XIV des Voranschlages der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angewiesen werde. — Der Senat beantragt ferner, daß den Gesandten betr. die Zulassung von auswärtigen Lotterien und Auspielungen, durch die zugleich das Gesetz betr. die Zulassung von auswärtigen Lotterien und Auspielungen, sowie den Gewerbetrieb der Lotteriekollektoren, vom 17. September 1900 außer Kraft gesetzt wird, sowie eines dritten Nachtrages, an der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1898, betreffend die Gebührentarife der Senatskanzlei, der Naturbehörde in Gewerbetrieben, des Polizeiamtes, des Finanzdepartements, des Stadt- und Landamtes und der Baudeputation, die Mitgenehmigung erteilt werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senats-

antrages seitens der Bürgerkassette. Ferner erteilte der Bürgerausschuß dem Senatsantrage die Mitgenehmigung, daß den hiesigen Lotteriekollektoren von der von ihnen für das Jahr 1905 gezahlten Abgabe von 100 Mk. je 65 Mark aus der Kasse des Polizeiamtes zurückerstattet werden. Auf Wunsch verschiedener Einwohner soll Israelsdorf Gasbeleuchtung erhalten. Der Senat beantragt nach dem Vorschlage des Direktors Hase, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten die Ermächtigung erteilt werde, die Verlegung eines Gas Hauptrohrs nach Israelsdorf herzustellen und die Kosten zum veranschlagten Betrage von 29 530 Mk. ihrem Reservefonds zu entnehmen. Dagegen stimmte der Bürgerausschuß gutachtlich zu; ebenso einem Antrage, der verlangt, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten die Ermächtigung erteilt werde, nach dem Verbindungsweg an der Strandpromenade in Travemünde ein elektrisches Kabel zu legen und die Kosten zum Betrage von 3000 Mk. aus Kap. XIV des Voranschlages der Behörde für das laufende Rechnungsjahr zu bestreiten. Direktor Hase hat auch in diesem Falle wieder die Rentabilität in den rosigsten Farben geschildert.

Lohnbewegungen im Schneiderverber. In einer auf begehrt Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen, welche am Dienstag im Vereinshaus stattfand, wurde Stellung zu den Lohnbewegungen in unserem Verber und das Verhalten des Arbeitgeberverbandes genommen. Zunächst wurden die schon beendigten Lohnbewegungen, welche in diesem Frühjahr ziemlich zahlreich sind, besprochen; dieselben sind zum größten Teil ohne oder durch Arbeitsentlassungen von nur geringer Dauer erfolgreich beendet, was lediglich dem treuen Zusammenhalten der Kollegen zu verdanken ist. Wenn nun die Lohnbewegungen in Leipzig und Gießen noch nicht beendet sind, so ist dies nicht die Schuld der Arbeiter, sondern nur der Hartnäckigkeit der Unternehmer zuzuschreiben, welche, unklare Zugeständnisse zu machen, den Arbeitern reduzierte Tarife vorlegten. Wenn nun weitere Konflikte dadurch entstehen, daß die organisierten Kollegen sich weigern, Streikarbeit anzunehmen, wie dies schon in Würzburg der Fall ist, wo in 10 Geschäften die Arbeit deshalb niedergelegt worden mußte, so könnte auch hier von unserer Seite gar nicht anders gehandelt werden. Wenn die Leitung des Arbeitgeberverbandes in ihrem Zentralorgan scharfmacherische Artikel schreibt, die reich an Entstellungen und Beleidigungen gegen unsere Organisation sind, so ist dies bei den reaktionären Verber nicht auffällig, sondern gehört zu deren Lebensgewohnheiten; wenn dieselben weiter glauben, dahin wirken zu müssen, daß Massenauspersierungen in unserem Verber stattfinden sollen, so haben wir nichts dagegen; wir sind zu jeder Zeit gefaßt. Auch die Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes in Lübeck soll beachtungen, falls die Lohnbewegungen nicht in den nächsten Tagen beendet werden, hier eine Auspersierung der organisierten Arbeiter vorzunehmen. Mögen diese Herren tun, was sie für nötig halten; es sieht fest, daß sie durch ihr Verhalten für uns die beste Agitation betreiben. Es werden auch dem Indifferentesten alsdann die Augen geöffnet werden. Darauf wurde noch eine Resolution angenommen, nach welcher die Versammlung ihren ausländischen Kollegen ihre volle Sympathie aussprechen und sich verpflichten, sie moralisch zu unterstützen, sowie unter keinen Umständen Streikarbeit anzunehmen zu wollen.

Ueber die Bedeutung der Arbeiterpresse sprach am Dienstag Abend Genosse Theodor Schwarz in einer Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Holzarbeiterverbandes. Redner hob in eingehender Weise hervor, daß die Presse eine Macht bedeute, welche nicht zu unterschätzen sei. Dieselbe hätten die Regierungen schon begriffen und seien dieselben deshalb bestrbt, die Presse zu unterdrücken. Schon in den fünfziger Jahren verstand es die Regierung, die Presse zu knebeln. Genosse Schwarz wies sodann nach, wie schwer es sei, ein Blatt ins Leben zu rufen, das nicht nach dem Willen der Kapitalisten geschrieben werde. Redner ging sodann zur Entwicklung der Arbeiterpresse über und wies nach, wie das Bürgerium überall beistrit sei, der Arbeiterpresse den Boden abzugeben; letzteres sei auch hier bei uns der Fall. Weiter kritisierte Redner das Verhalten der hiesigen bürgerlichen Zeitungen, besonders des „General-Anzeigers“ und der „Lübeckischen Anzeiger“ und wies nach, daß gerade diese Blätter den Arbeitern Knüttel zwischen die Beine werfen und die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten. Redner konstatierte mit Bedauern, daß noch viele Arbeiter diese Blätter in ihrem Hause dulden und lesen. Wenn eine Hausfrau sich durchaus nicht abhalten lassen wolle, ein solches bürgerliches Blatt zu lesen, dann müßte der Mann doch soviel Mann sein und sagen: das Blatt arbeitet uns entgegen; ich halte nur meine Parteipresse, die zu jeder Zeit meine Interessen vertritt. Nur das Arbeiterblatt gehört zu mir und kein anderes. Wer das nicht tut, ist rückständig und ein Verräter an sich selbst. Redner betonte sodann, daß im Jahre 1903 11 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wären; dieses sei ein Zeichen, daß Lübeck mit an der Spitze der organisierten deutschen Arbeiterkassette steht. Zu behaupten sei deshalb, daß noch viele Leute nicht begreifen, welchen Wert unsere Arbeiterpresse hat. Wenn jeder Arbeiter seine Pflicht erfüllt, sind wir auch im Stande, alle Angriffe auf die Arbeiterkassette zu jeder Zeit zurückzuweisen. Zum Schluß wies Redner darauf hin, daß die Machtverhältnisse sich hier in Lübeck mehr und mehr zuspitzen; es sei Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, dafür zu sorgen, daß unser Blatt stets existenzfähig bleibt und wir ein Organ besitzen, welches allen Anforderungen der Partei entspricht. Der 1/4 stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß daran nahm der Vorsitzende das Wort und regte an, ob es nicht an der Zeit ist, wieder eine Abonnentensammlung im Kollegenkreise vorzunehmen, wie in früheren Jahren. Der Vorschlag, eine Kommission von 7 Mann zu wählen, wurde angenommen.

Eine staatliche Beihilfe zu den Kosten des deutschen Gastwirtsverbandes, der in Lübeck vom 19. bis 23. Juni d. J. tagen wird, bewilligte der Bürgerausschuß auf Antrag des Senats, und zwar in Höhe von 1500 Mark. Der Verein Lübecker Wirte, der beim Senat die Subvention beantragte, hat betont, daß man auf etwa 1200 Teilnehmer rechnet. Bei der großen Bedeutung, die der Verband und seine Versammlung haben, (2. Rat Velhagen dachte bekanntlich über die Gastwirte und ihre Bedeutung anders!) wird der hiesige Verein der Gastwirte alles tun, um den Verhandlungen ein würdiges Gepräge und einen entsprechenden äußeren Rahmen zu geben. (Dann müssen sie aber auch den äußeren Rahmen selbst bezahlen! Red.) Die danach notwendig werdenden Ausgaben belaufen sich auf 16 020 Mark. Die Einnahmen sind auf 14 500 Mk. veranschlagt. Zur Deckung des hiernach sich ergebenden Fehlbetrages hat der Finanzausschuß des Vereins Lübecker Wirte unter dem 24. April 1905 die Gewährung einer Staatsbeihilfe von 1500 Mk. erbeten. Wenn die Herren Wirte sich so kostspielige Extravaganzen erlauben, so kann man ja nichts

hagegen sagen, wenn sie sich dieselben auf eigene Kosten leisten. Daß aber zu solchen Dingen die Staatskasse herangezogen werden soll, ist ganz entschieden zu bekämpfen. Mit viel größerem Recht müßten dann auch Gewerbetreibende, Generalversammlungen usw. eine staatliche Beihilfe erhalten. Die Gelder der Steuerzahler sind denn doch zu anderen Zwecken aufgebracht!

Die Versammlung der Bürgerkassette am kommenden Montag dürfte von recht erheblicher Dauer werden. Die Tagesordnung derselben umfaßt bis jetzt folgende dreizehn Senatsanträge: 1. Etat der Verwaltungskosten des Hauptkolonialamtes für das Rechnungsjahr 1905. 2. Erlass eines zweiten Nachtrages zur Stempelordnung vom 22. Dezember 1900. 3. Weiterer Ausbau der Räume des Heiligengeist-Hospitals. 4. Verkauf und Austausch von Land aus dem Stadtbüro Moislung zum Bau des Elbe-Trave-Kanals. 5. Abrechnung zwischen der Kanalbaubehörde und dem Finanzdepartement über den Grunderwerb beim Bau des Elbe-Trave-Kanals. 6. Abänderung der Bedingungen für die Lieferung von elektrischem Strom. 7. Ertragung der Kosten für Ausbesserung von Schäden an Wasserrohren, die auf öffentlichem Grund und Boden liegen. 8. Endgültige Anweisung von bisher vorkühweise zur Verfügung gestellten Mitteln für generelle Vorarbeiten zum Elbe-Trave-Kanal. 9. Auftragsvertrag zu der Ueberentunft der drei Hansstädte vom 30. Juni 1878, betr. die Errichtung eines gemeinschaftlichen Oberlandesgerichtes. 10. Erlass eines zweiten Nachtrages zu dem Gesetz vom 16. Juni 1879, die Strafbefugnisse der Polizei- und Verwaltungsbehörden des Staates und der Stadtgemeinde Lübeck, sowie das Verfahren vor denselben und bei Beschwerden in Verwaltungssachen betreffend. 11. Ankauf des Grundstückes Alter Schranken 2 und kleiner Schranken 3. 12. Waffengebrauch der zum Forst- und Jagdbüro bestellten Beamten. 13. Vorschrift der offenen Bauweise, sowie der Innehaltung einer vorderen und einer hinteren Baufluchtlinie für die zwischen dem Elbe-Trave-Kanal und dem Hagerortzengel belegene Strecke des Hagerortdammes. 14. a. Kommissionsbericht über den Senatsantrag, betreffend Vertheilung einer Doppelbahnstrecke in der Watenig. b. Wiederaufnahme des am 31. Oktober v. J. verhandelten Antrages des H. M. Mähmann wegen Erhebung von 25 Grundbesitzern der Catharinenstraße, nach deren Ablehnung im Bürgerausschuß.

Seinen Verletzungen erlegen ist der gestern beim Aufbruch von Weibern des alten Firtus verunglückte Maurer-polster Erdmann. Er wurde von den stürzenden Steinmassen gänzlich begraben. Als man ihn aus seiner schrecklichen Lage befreit hatte, gab er zwar noch Lebenszeichen von sich; er starb jedoch bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus. Wen die Schuld an dem Unglücksfall, durch den eine Mutter mit 3 Kindern ihres Ernährers beraubt wurde, trifft, wird die Untersuchung ergeben müssen.

Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1905-06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitz eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gerbrud sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Mai d. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Den Offenbarungsbeid leisteten im Monat April 7 Männer und 2 Frauen.

Die Leiche des in Königsberg verunglückten Lübecker Schiffsfach's Wittfoht vom Dampfer „Kant“ ist im Pregel aufgefunden worden.

Die Bürgerausschußkommission zur Verschlechterung des Bürgerkassettewahlrechts hat ihre Arbeiten beendet. Wie verlautet, soll es ihr gelungen sein, eine Form zu finden, die die Befugnisse noch mehr entzweigt, wie es im Projekt der gemeinsamen Kommission vorgesehen ist. Der Bürgerausschuß wird sich am nächsten Mittwoch mit dem Kommissionsbericht beschäftigen.

pb. Diebstahl. Am 9. ds. Mts., zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags ist vom Marienkirchhof eine schottische Karre abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Die linksseitige Handweiche, sowie das Lorsteckbrett sind neu und noch nicht gestrichen. Letzteres ist mit Bandelien beschlagen. Am linken Kastendeckel befindet sich die Aufschrift „August Sellshopp“.

z. Schwartzau. Gemeinderatsitzung. Die am 9. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, angelegte Sitzung mußte wegen Beschlußunfähigkeit vertagt werden. Es waren nur sieben Mitglieder erschienen, vier bürgerliche und drei unserer Genossen. Von unseren Genossen wurde versucht, die Sitzung um eine Stunde zu vertagen, leider wurde dies vom Gemeindevorsteher verweigert. Der Herr Gemeindevorsteher sollte doch das Sprichwort eingedenk sein: daß derjenige, welcher im Glasfaßes sitzt, nicht mit Steinen werfen soll. Im übrigen werden wir unsere Leser nach Erledigung dieser Abnormitäten, die Sitzungen des Gemeinderats betreffend, eingehend informieren. Ja, ja, wir leben in der Tat in einem Luftkurort.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Genickstarre in Altona. Die Genickstarre ist nun auch in Altona aufgetreten. Das Kind einer dortigen Familie erkrankte plötzlich unter verdächtigen Umständen; auf Befehl des Arztes erfolgte die Unterbringung des Kindes im städtischen Krankenhaus. Dort wurde die Krankheit als Genickstarre festgestellt. Das Kind ist streng isoliert in einer hölzernen Baracke untergebracht. Ein Anlaß zur Beunruhigung der Bevölkerung liegt in keiner Weise vor, da in jedem Jahre in Altona vereinzelte Fälle von Genickstarre vorkommen. — Eine leichte Verletzung hatte in Prempel i. S. den Tod eines Menschen im blühenden Alter zur Folge. Der Knecht Lüders in Lägerdorf, bei dem Hofbesitzer Mshbals in Gilstop bedienstet, nach sich unvorsichtigerweise mit der Düngergabel in die große Zehe. In den ersten Stunden ließ er die Wunde unbeachtet, doch nahmen die Schmerzen gegen Abend solche Festigkeit an, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Arzt ordnete die sofortige Ueberführung in das „Mshbalsstift“ an. Hier verfiel der Bedauernswerte in einen Starrkrampf und war dann binnen 24 Stunden seinen Leiden erlegen.

Samburg. Zur Auspersierung der Holzarbeiter. Bisher sind insgesamt 1050 Holzarbeiter ausgesperrt worden, davon 300 abgereist und 100 in geregelten Betrieben in Arbeit getreten sind, so daß die Zahl der Ausgesperrten weitaus weniger zusammengeschwunden ist. Die Zahl der in Bohn- und Auspersungsgebiet befindlichen Ausgesperrten und Streikenden beträgt zur Zeit rund 800. Wie aus den mitgeteilten Zahlen ersichtlich ist, hat nur ein Teil der Arbeitgeber der von der Scharfmacherstipe beschlossenen allgemeinen Auspersung Folge geleistet.

Samburg. Schwere Unglücksfälle. Der siebenjährige Knabe Albert Bieker, wohnhaft Mozartstraße 20, lief auf dem Fährdamm der Humboldtstraße einem Packwagen etwa acht Schritte voraus. Als er dann über den Fährdamm lief und einem nachfolgenden Wagen ausweichen wollte, kam er zu Fall, schlug mit dem Kopfe auf einen Kantstein und blieb bewegungslos liegen. Wie sich herausstellte, hatte er einen doppelten

Schädelbruch erlitten, an dem er sofort verstarb. — Von einer Lokomotive totgefahren wurde Dienstag nachmittag am Petersental ein unbekannter Mann. Die Maschine fuhr ganz langsam. Der Mann ging neben der Lokomotive her. Plötzlich machte er eine Wendung und lief vor der Maschine über das Geleise hinweg, trennten ihm beide Beine vom Rumpfe und rissen ihm den ganzen Leib auf, so daß die Gedärme hervorquollen. Man brachte ihn nach dem Hasenkrankenhaus, doch starb er schon auf dem Transport. — Von einem Bäckerswagen überfahren wurde Dienstagabend gegen 8 1/2 Uhr beim neuen Justizgebäude eine unbekannte circa 65-70jährige Frau. Die besinnungslos gewordene und schwer verletzte alte Frau wurde mittelst Naderbahre ins Hasenkrankenhaus gefahren. Da der Fahrer des Wagens sofort nach dem Vorfall davonlief, so konnte seine Persönlichkeit nicht festgestellt werden.

Altona. Ein Scheusal von einem Vater. Im Jahre 1895 starb die Frau des Arbeiters August Schreiber und bald darauf soll sich an seine damals erst 10 Jahre alte Tochter herangemacht und unzüchtige Handlungen an ihr vorgenommen haben. Wo übergehende war sie gegen ihn geschützt, da sie im Armenhause untergebracht wurde. Als sie aber zurück kam, soll er sich wieder des Sittenverbrechens an dem Kinde schuldig gemacht haben. Als das Mädchen kaum zur Jungfrau herangewachsen war, soll er an demselben das vollendete Verbrechen der Blutschande über ausgeführt haben. Wegen der ihm zur Last gelegten Schandthaten stand er vor dem Landgericht. Ferner war er angeklagt wegen Verhöhnung. Er soll einer Frau, von der er annahm, daß sie die gegen ihn erhobene Anzeige veranlaßt habe, gedroht haben, sie umbringen zu wollen. Der Angeklagte wurde in jeder Hinsicht überführt erachtet und zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Apenrade. Der erwartete Streif der

Maurer wird nicht eintreten, nachdem die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, in diesem Jahre 44 und später 45 Pfg. Stundenlohn zu zahlen.

Schleswig. Lohnbewegung der Schneider. Auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen zwischen der Lohnkommission der Gesellen und der Schneider-Zwangsgewerkschaft ist ein neuer Lohnvertrag zu Stande gekommen, der den Gesellen einen Lohnzuschlag von 5 bis 10 Prozent brachte. Die zehnstündige Arbeitszeit ist geblieben, sie währt von 7 bis 7 Uhr mit den üblichen Ruhepausen. Der neue Tarif gilt vom 15. Mai 1905 bis zum 14. Mai 1910, also fünf Jahre.

Flensburg. Der größte Teil der Arbeiter der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft ist heute früh ausständig. Die Verhandlungen zwischen der Werkleitung und den Arbeitern dauern fort, es handelt sich um etwa 2000 Arbeiter, die eine Lohn-erhöhung fordern.

Schwerin. Wegen Tötung eines Treibers freigesprochen! Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Oberleutnant a. D. Freiherr v. Stenglin vor der Strafkammer in Schwerin zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, bei einer im Januar dieses Jahres abgehaltenen Treibjagd den als Treiber tätigen Arbeiter Müller durch einen Schuß in den Oberkörper so schwer verwundet zu haben, daß der Unglückliche nach mehrwöchigem Krankentage an den Folgen dieser Verletzungen gestorben ist. Zu der Verhandlung waren außer einigen Zeugen mehrere höhere Leutnants und Ärzte als Sachverständige geladen. Da die Gutachten und die Zeugenaussagen die Möglichkeit zuließen, daß der verhängnisvolle Schuß kein direkter gewesen, sondern daß sehr wahrscheinlich die Kugel von ihrem Ziele abgerrirrt sei, so erkannte der Gerichtshof, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Wochentags vom 10. Mai.

Hauern-Butter 1,10 Mt., Metere-Butter 1,20 Mt., Hasen Eid. — Mt., Enten Eid. 4,00 Mt., Hühner Eid. 2.— Mt., Katen Eid. — Mt., Lenden Eid. 0,60 Mt., Gänse Eid. — Mt., Flügels — Mt., Schweinefleisch 0,45 Mt., Schinken 0,95 Mt., Würstl 1,20 Mt., Eier 11 Stk. 80 Pfg., Karpfen 1,00 Pfg., Ger. Rache 70 Pfg., 2-40 Mt., Karusschen 80 Pfg., Ger. Rache 70 Pfg., Borsdorfer 70 Pfg., Mai 0,90 Mt., Nessel, beste Gravensteiner 100 Pfg. — Mt., Konnen 100 Pfg. — Mt., andere Sorten 100 Pfg. — Mt., Pfäumen 100 Pfg. — Mt., Kohl 100 Pfg. — Mt., Zwiebels 100 Pfg. — Mt., Kartoffeln, beste franz. 200 Pfg. 9,50 Mt., per 10 Liter 70 Pfg., magnum bonum 200 Pfg. 6,50 Mt., Kartoffeln 10 Liter 60 Pfg.

Der Schweinehandel vorerst ruhig.
Zugeschickt wurden 453 Stüd. Waag: Gewaschene weine — Mt., Berlinfleisch Schweine 61-62 Mt., leichte 61 1/2-62 Mt., Gansen 54-58 Mt. und Hentel 59-61 P. t. pro Mt. Pfund

Plötzlich und unerwartet starb gestern morgen 10 1/2 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter
Wilhelmine
im zarten Alter von 7 Monaten. Tiefbetrüuert von ihren Eltern und Schwelster.
Lübeck, den 10. Mai 1905
Wilhelm Böttcher und Frau,
geb. Kettelhorn.

Für die uns bei dem Begräbnis unserer unbegräblichen Tochter und Schwester
Martha
bewiesene herzliche Teilnahme und zahlreichen Freigebungen sagen hiermit allen, die uns in diesen schweren Tagen treu zur Seite standen, sowie Herrn Pastor Ewers für die trostreichen Worte am Grabe innigsten Dank.
Friedrich Kruse und Frau,
geb. Tesch.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Beteiligten, insbesondere Herrn Pastor Bernhard für die zu Herzen gehenden Trostesworte, sowie dem Fabrikarbeiterverband wie auch den Arbeitgebern nebst Arbeitern und Arbeiterinnen der Schuhmacherei Räumerei meinen innigsten Dank.
Caroline England
nebst Kinder.

Zum 1. Juli eine Zweizimmerwohnung mit allem Zubehör, abget. Etage, Preis 180 Mt. Näheres
Bülowstraße 12 I., links.

Sofort ein Kaufjunge
für den ganzen Tag
Mühlenstraße 8.

Zwei gute Sommer-Heberzieher
billig zu verkaufen
Wiedestraße 49, hart

Große Maden für Angler und ein Kinderwagen für Händler
Wiederstraße 83, 6.

Weißer Strüperbohnen
zu verkaufen
Fornestraße 48

Mehrere Stuhl- u. Brestwagen zu vermieten. Näheres Lachwehr-Allee 1a.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Libeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80-6,45
Maurerhosen	2,60-8,75
Schlosserhosen	1,88-5,25
Heberzieherhosen	0,88-2,25
Swirn-Hosen	1,38-3,25

Leinene Jacken, Jacken und gerade, 1,25
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen,
Wasser-Mantel erstaunlich billig
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mt.

Sarg - Magazin.
Großes Lager von
Föhren- und Eichen-Särgen.
H. Grimm, 49 Wiedestraße 49.

Gesangverein „Eintracht“

BALL

am Sonntag den 14. Mai 1905
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Mitgliedskarten sind vorzuziehen.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Herr Dr. med. Wissor in Lübeck, Breite-straße 16, ist von seiner Tätigkeit als Stassenarzt bei der Ortskrankenkasse zurückgetreten.
Lübeck, den 10. Mai 1905.
Der Vorstand.

Achtung! Kassadienarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 12. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Der Vorstand besteht für das Jahr 1905 aus folgenden Mitgliedern:

a. den Arbeitgebern:
Buchdruckereibesitzer Charles Coleman, Vorsitzendem;
Maurermeister Johs. Prigge;
Kaufmann Herm. Behrens;
Buchdruckereibesitzer Adolf Rey;

b. den Arbeitnehmern:
Buchdrucker Johs. Joach. Friedr. Körner, Stellvertreter des Vorsitzenden;
Schriftführer:
Schlosser Friedr. Mart. Herm. Seemann, Stellvertreter des Schriftführers;
Maschinenmeister Gust. Duscheck;
Schlosser Heinr. Christian Berthold Fischer;
Kassierer Rich. Friedr. Holzappel;
Eisenbrecher Paul Alb. Emil Sommerfeldt,
Maurergehilfe Herm. Friedr. Völker.
Lübeck, den 6. Mai 1905.
Der Vorstand.

Variété Universum

Bedergrube 44.
Das grossartige Mai-Programm.
Original-Serenissimus-Zwischenstücke:
Schall und Rauch.
L. Puls.

Panorama
(Kassale a. d. Basse, Berlin)
Biederstraße 62, I. Etage.
Reise durch die malerische
Französische Schweiz.

Von den im Verlage des „Vorwärts“ unter dem zusammenfassenden Titel „Kulturbilder“ herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preussischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatischer gewordener deutscher Bauern, und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Raubritter zum Getreideverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Ausbeutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte, und wie die Hohenzollern darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Nebel zu zerstreuen, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vordrücken seiner Untertanen geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpfücken und zu zerzaufen, die Tatsachen der Wirklichkeit, die attennmäßig feststehen, diesem Märchen entgegenzustellen, das ist unsere Absicht.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz besonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Weibrauch geblasen; ihnen in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.

Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.; wöchentlich erscheint ein Heft.

Jeder Band der „Kulturbilder“ ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Wertes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteurs und Aussträger.

Die zwei Welten.

Die Verlagsfirma der New-Yorker Zeitschrift „Grosz“ hatte vor einiger Zeit dem Schriftsteller C. Moffet den Auftrag erteilt, einen Blick in das Leben der reichen Amerikaner zu nehmen und seinen Befund in Artikeln niederzulegen. Dieser hat nun seinen Auftrag erfüllt. Er fasste zuerst den fashionsablen Wohnplatz dieser reichen Parafitenklasse, Newport, N. Y., ins Auge, und was er in seinen Artikeln über die Verschwendungssucht dieser Klassen sagt, das soll hier wenigstens zu Nutz und Frommen der Armen wiedererzählt werden. Er berichtet:

Das Leben einer selbst nicht großen Familie kommt diesen Reichen auf täglich 1000 Dollar zu stehen, dieses sind aber nur die ärmeren Reichen unter den Reichen. Diese letzteren bedürfen 10 000 Dollar zu ihrem täglichen Leben. Roben für die reichen Damen kosten nicht weniger als 500 Dollar, eine Dame, die sich mit ihrem Bekleidungsstand von geringem Wert in eine Gesellschaft wagen würde, würde sich einfach unmöglich machen.

Diese reichen Damen verausgaben für Kleidung jährlich 7000 bis 12 000 Dollar. Schuhe tragen die Kleiderstücke nur ein einziges Mal. Viele verbrennen diese Schuhe, damit keine gewöhnliche Sterbliche diese an ihrem Bekleidungsstand tragen.

Die Ausgaben für Blumensträußen bei Tanzveranstaltungen kommen auf 2000 Dollar und mehr zu stehen. Eine Metzgerfirma liefert einer reichen Familie monatlich Fleisch — das beste Fleisch, Geflügel, Wildbret, v. Meist aus andern Ländern importiert — zum Werte von 800 Dollar. Im folgenden lassen wir eine Vorkaufsliste der Angehörigen folgen:

Beschäftigung	Jahresgehalt
Oberkellner aus Paris	5000 Dollar
Zweiter Chef	1200 "
Privatsekretär der Dame des Hauses	3000 "
Privatlehrer	2000 "
Gouvernante	1000 "
Zwei Kindermädchen	1000 "
Haushälterin	1000 "
Fünf Kofen	1200 "
Oberkutscher	1200 "
Zweiter und dritter Kutscher	1200 "
Chaffeur	1000 "
Diener	900 "
Zweiter Diener	600 "
Obergärtner	1000 "
Vier Gartenarbeiter	2500 "
Summa 23 800 Dollar.	

Die laufenden Ausgaben einer „armen“ reichen Familie stellen sich wie folgt:

	Im Jahr
Laufende Ausgaben für Haus in Newport und New-York mit Löhnung und Gehalt, für sage 25 Leute, einschließlich Nahrungsmitteln, Weinen etc.	30 000 Dollar
Kosten von Unterhaltungen, Festen, Ballen, Dinern, Blumen etc.	50 000 "
Dampfschiff	50 000 "
Ausgaben für Stallungen und Jagdfarm, samt Löhnung für ca. 30 Leute	40 000 "
Anlagen, Treibhäuser, Gärten samt Löhnung für ca. 20 Leute	20 000 "
Ausgaben für zwei andere Plätze (in Palm Beach vielleicht und in den Abenlands)	20 000 "
Kleidung für Familie	20 000 "
Taschengeld für Familie	50 000 "
Automobile	10 000 "
Reiseausgaben für Privatwagen, besondere Suites auf Dampfern, in Hotels etc.	10 000 "
Summa 300 000 Dollar.	

Hierzu kommen jetzt noch die Ausgaben für allerlei sonstige Bedürfnisse für Segel- oder Dampfboote, Automobile usw. Sie geben Transportausgaben, die an die 100 000 Dollar kosten. So Moffet, dessen Ausführungen bis dato unbestritten sind.

Nun die andere Seite: Der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters beträgt in den Vereinigten Staaten in einem Jahre laut Bundes Zensus 436 Dollar. Damit muß er eine Familie erhalten. Aber derjenige, der 436 Dollar wirklich bekommt, der ist noch der glückliche. Der Zensus bekümmert sich um die, die keine Arbeit haben, nicht. Er fragt nur nach der durchschnittlich im Jahr beschäftigten Anzahl Arbeiter. Es gibt aber nun Arbeitslose und manchmal sehr viele. Die Gesamtzahl der Arbeiter, in die die Gesamtsumme der bezahlten Löhne zu teilen ist, ist viel größer, als die im Zensus angegebene. Dementsprechend reduziert sich auch der Durchschnittsverdienst noch ganz erheblich.

Weiter: Der Wert der Sachen, die von den Arbeitern erzeugt werden, ist gerade doppelt so groß als ihre Löhne, ebenfalls erwiesen durch den Zensus. Das was ihnen da vorenthalten wird, das sammelt sich nun in den Händen von Leuten, wie die vorbeschriebenen, an.

Warum kann es den Arbeitern vorenthalten werden? Weil sie sich nicht selbst beschäftigen können, sondern zum Kapitalisten gehen und sich anbieten müssen für den Marktpreis der Arbeit, der verabschiedet wird durch die Ueberzahligen, die Frauen und Kinder, die sich billiger anbieten, durch die fortwährende Einführung von Maschinen. Wie abhelfen? Dadurch, daß die Produktionsmittel allen zugänglich gemacht werden. Wie? Dadurch, daß die Gesellschaft sie übernimmt. Alles sehr einfach, aber leider von den Arbeitern noch nicht allgemein begriffen.

Soziales und Parteilieder

Streiks und Lohnbewegungen Die Ladiere- und Malergehilfen in Offenbach sind Dienstag in den Ausstand getreten. — Die Klemperer, Rohrerleger und Helfer in Guben sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen (Tarif) sind den in bezug kommenden Firmen am Montag, den 8. Mai, zugestellt worden. Bis Sonntag, den 13. Mai, soll die Antwort der Meister resp. Firmen erfolgen.

Landfriedensbruch. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse aus Erfurt hat die Staatsanwaltschaft gegen eine Anzahl Angehörige der sozialdemokratischen Partei wegen Aufreizungen am 1. Mai Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Unserem vorliegenden Parteiorgan ist jedoch davon noch nichts bekannt geworden.

St. Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands begann am Montag den 8. Mai 1905 zu Frankfurt a. M. seine 4. Generalversammlung. Um 8 1/2 Uhr abends wurde dieselbe im festlich geschmückten großen Saale des Gewerkschaftshauses nach mehreren Musikstücken und Gesangsvorträgen des Arbeitergesangsvereins „Union“ eröffnet. Der Zentralvorsitzende Oswald Schumann begrüßte im Namen des Verbandes, der infolge Krankheit am Erscheinen verhindert war, den Generalsekretär Dorstmann schriftlich im Namen der Frankfurter Gewerkschaften und Fabrik-Frankfurt a. M. im Namen der Ortsverwaltung Frankfurt die erschienenen Delegierten und Gäste in herzlichster Weise. Schumann gab insbesondere der berechtigten Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr allzusehr sei, wo das isolierte Unternehmertum nicht mehr einen Verband der Seute, einen Verband der Hafenarbeiter, einen Verband der Eisenbahner und einen Verband der Handels- und Transportarbeiter sich gegenüber stehen läßt, sondern eine geeinigte Organisation der Arbeiter des gesamten Handels-, Transport- und Verkehrsgebietes. Nachdem der Gesangsverein noch das

herrliche Lied Herwegh's: „Bei und arbeit“ zum Schluß gebracht hatte, nahm Genosse Josabe, der Sekretär der internationalen Transportarbeiter-Föderation, das Wort, um die Gäste zu den Namen der Hafenarbeiter, der Seute, und der Eisenbahner Organisationen zu begrüßen. Im Namen der österreichischen Arbeiterorganisationen entbot Genosse Forstner, Wien den Delegierten die herzlichsten Brudergrüße. Redner lieferte an der Hand verschiedener Beispiele den Nachweis, daß die organisierte Arbeiterkraft Österreichs die Polizei sehr gut erzogen habe. Die Polizei seien schlecht, aber die Verwaltung sei gut. Auch in Österreich werde die Transportarbeiterbewegung vorwärts schreiten, getreu dem Beispiel der deutschen Kollegen. Schumann gibt sodann bekannt, daß der zweite Vorsitzende Alboldt infolge schwerer Erkrankung leider am Erscheinen verhindert sei. Die Generalversammlung eröffnet dem Kranken Kollegen die herzlichsten Wünsche auf baldige Genesung. In das Bureau wurden Schumann-Berlin, Schulz-Berlin und Habicht-Frankfurt, als Schriftführer Himpel-Hamburg, Steinicke-Berlin und Steder-Leipzig gewählt. In die Mandatsprüfungskommission wurde u. a. Stellingsma-Lübeck entsandt. Diese Kommission hat auch als Beschwerdekommision zu fungieren. In die Statutenberathungskommission wurden 9, in die Reaktionskommission 3 Delegierte, u. a. Stellingsma-Lübeck gewählt. Hiermit war der erste Verhandlungstag geschlossen. — An denselben Schluß sich ein Kommerz. (Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Glänzender Wahlerfolg. Der letzte Sonntag war ein Festtag für die Sozialdemokratie, ein Tag, den die sozialistische und die internationale Sozialdemokratie vor im Kalender ansprechen darf. Von 22 auf 38, also um 16 Vertreter hat die Sozialdemokratie in Basel ihre Abordnung im Großen Rat erhöht und so endlich durch den Proporz erhalten, was ihr ihrer Stärke entsprechend gebührt. Welche Kämpfe, welche Kompromisse hat es die langen Jahre her gekostet, um immer wieder einige Arbeitervertreter in die Behörde zu bringen und wie wurde von den bürgerlichen Gegnern alles als „Snade“ gegen die sozialdemokratische Partei ausgesprochen. Nun hat die politische Gerechtigkeit gesiegt und auch den Bürgerlichen nur gegeben, was ihnen gehört, wodurch sich die Vertretungsverhältnisse gewaltig verschoben haben. Eine Gegenüberstellung der Parteivertretung im alten und neuen Großen Rat ergibt folgendes Bild:

	Früher	Bisher
Sozialdemokraten	22	38
Freisinnige	66	50
Konservative	39	30
Katholiken	3	10
„Unabhängige“	—	2
Summe	130	130

Die Freisinnigen waren also bisher um 16, die Konservativen um 9 zu stark, die Sozialdemokraten um 16 und die Katholiken um 7 zu schwach vertreten. Die heftige Opposition der Freisinnigen gegen den Proporz begründet sich unter diesen Umständen; sie waren sich der Minderwertigkeit in der Parteivertretung, wovon sie selbst den größten Gewinn hatten, sehr wohl bewußt und darum wollten sie für ewige Zeiten an dem Mehrheitsystem festhalten. Nun hat der Proporz als die ausgleichende Gerechtigkeit gewirkt und jeder Partei die ihr gehörende Vertretung gegeben. Es lebe der Proporz! Von der dritten Stelle unter den Fraktionen ist unsere Partei an die zweite Stelle gerückt, von einer kleinen Minderheitsgruppe ist sie zu einer ansehnlichen Fraktion geworden, die fast ein Drittel der Mitglieder des Kantonsrates umfaßt. Unsere Partei hat demnach ihren politischen Einfluß ganz bedeutend verstärkt. Von den Regierungsräten hat unser Genosse Bullschleger mit 9377 die meisten Stimmen erhalten; die Stimmenzahlen der 6 Bürgerlichen — 4 Freisinnige und 2 Konservative, die sich aber „Liberale“ nennen — bewegen sich zwischen 6858 und 6159. Die große Differenz rührt daher, daß unser e

Der Einmüßige.

Reinmalroman von Friedrich Thieme.

24. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Der alte Müllner hat ihn auch gesehen? Hat er Ihnen das gesagt?“ fragte der Beamte.

„Sawohl, Herr Staatsanwalt. Ich sprach am andern Morgen mit ihm, als ich ihm seine kleine Stube in Ordnung brachte, was ich immer tue, wenn ich zu Hause bin. Er sah mir einige Minuten wortlos zu, auf einmal meinte er, er habe gestern Abend den Kapitän Morelly gesehen, von dem so viel in den Zeitungen geschrieben wurde. Ich erschrak, denn ich erwartete nicht, daß noch jemand von den geheimnisvollen Befüchungen des Menschen wußte. Ich fragte, wann und wo? Gestern Abend nach zehn Uhr schlich er ins Haus,“ erwiderte er mir. „Ich konnte nicht schlafen und lag noch einmal hinab in den Keller, um mir einen Korz Rohlen zu holen und ein wenig Feuer anzumachen. Gerade als ich wieder die Treppe hinaufstieg, höre ich die Haustür gehen und vernehme eine fremde, halb flüsternde Stimme. Neugierig luge ich um die Ecke — aber vorsichtig, um nicht erkannt oder auch nur bemerkt zu werden, — da öffnete Deine Mutter eben die Tür, und ein Lichtstrahl fällt auf das Gesicht des nächtlichen Ankömmlings. Ich erblicke nun ganz deutlich den feuerroten Bart und die halbgeöffnete Augenhöhle ohne Auge — hui, er sieht recht grauig aus, der Mensch! Gleich dachte ich bei mir, das ist gewiß der Kapitän Morelly, den sie überall suchen.“

„Über Hebes Kind, warum haben Sie uns davon nicht gleich Mitteilung gemacht?“ rief Lorenz freudig über-rascht.

„Ich hatte den Vorfall ganz vergessen. Wie ich herunterkam, erzählte ich ihn der Mutter, sie lachte mich aus

und meinte, der Invalide sei ein alter Schnakenfische, der immer gern wichtig tue.“

Nachdem Theresie entlassen worden, besprachen der Verteidiger und Staatsanwalt Schubert eingehend die letzten Zwischenfälle. Der Staatsanwalt maß dem Zeugnis des Mädchens keinerlei Bedeutung mehr bei, erklärte sich aber bereit, den Invaliden Müllner für morgen zu bestellen, willigte auch darin, die Polizei mit der sorgsamsten Ueberwachung der Kosterischen Wohnung zu beauftragen, um für den Fall, daß die mysteriöse Persönlichkeit wirklich dort nächtlich aus- und eingehe, deren sofortige Festnahme zu ermöglichen.

Rechtsanwalt Altner wohnte am andern Tage dem Verhör des Invaliden bei. Zu seinem unaussprechlichen Erstaunen erklärte der alte Mann kurzweg, er kenne keinen Kapitän Morelly.

„Aber Sie haben doch gegenüber Theresie Köster eine dahinspielende Bemerkung gemacht?“

Der Invalide lächelte verlegen.

„Offen gestanden, Herr Staatsanwalt, war es nur ein Fühler — ich dachte gerade dadurch von Theresie etwas zu erfahren.“

„So haben Sie Ihre Geschichte erfunden?“

„So ist es, Herr Staatsanwalt. Ich glaubte nicht, daß Theresie davon sprechen würde. Ich war neugierig und wollte meine Neugier durch eine kleine List zu befriedigen suchen, das ist alles.“

„Da sehen Sie, Herr Rechtsanwalt, was auf derlei Gerede zu geben ist,“ wandte sich Schubert an den Verteidiger. „Was bleibt nun von Ihrem für so erheblich erachteten Umstand noch übrig?“

Lorenz ging an diesem Morgen ziemlich niedergeschlagen nach Hause.

bringen zu sollen. Als der Rechtsanwalt am nächsten Morgen das Bureau des Staatsanwalts betrat, traf sein erster Blick auf den Polizeiaufseher Sartorius und den Schuttmann Wehrand, die beide ansehnend in einer wichtigen Mission anwesend waren, denn unweit von ihnen stand Rudolf Weiringer mit marmorweißem Gesicht, worin das unerbittlichste Entsetzen sich ausprägte.

Staatsanwalt Schubert hielt eine Brieftasche in der Hand, deren Inhalt er einer sorgfältigen Besichtigung unterwarf.

Sobald er des Verteidigers ansichtig wurde, rief er ihm schon von weitem entgegen: „Herr Doktor, der Schuldbeweis ist nunmehr so gut wie vollständig — so leid es mir tut, Ihnen die Eröffnung machen zu müssen, aber Ihr Klient ist ein ruchloser Heuchler, Ihres Mittelbills und Ihrer eifrigen Tätigkeit in seinem Interesse unwürdig!“

„Was haben Sie denn Neues entdeckt?“ forschte Lorenz betroffen. „Was ist es mit dieser Brieftasche?“

„Es ist die Brieftasche des Angeklagten — und wissen Sie, wo sie gefunden worden ist?“

„Nun?“

„Eben in dem Keller, wo auch das Taschentuch zum Vorschein kam — nur daß die Brieftasche absichtlich und besser verborgen war, indem der Angeklagte sie in die weiche Kellerecke verscharrt hatte.“

„Unmöglich!“ rief Lorenz, einen erschrockenen Blick auf den Gefangenen werfend. „Rudolf, ist das in der Tat Deine Brieftasche?“

Dieser antwortete nicht, der Staatsanwalt erwiderte aber an seiner Stelle, er habe bereits zugegeben, daß der Fund sein Eigentum sei.

„Und wissen Sie ferner,“ setzte er triumphierend hinzu, „was sich in der Brieftasche befand?“

„Was denn?“

„Dreitausend Mark in drei Eintausendmarkstücken — und die Scheine gehören zu denjenigen, in welchen nach-

Partei auf unsere Seite einzig Wollschleger nahm, die bürgerlichen Parteien aber alle sieben Regierungsräte auf ihren Seiten hatten.

Aus Nah und Fern.

Ein Dorf im Savelland entdeckt. Aus dem Savelland kommt uns eine sonderbare Mär. Ein Bauer aus Hohenhausen pflügte seinen Acker; plötzlich versank das Pferd vor seinem erstaunten Augen. Mit vieler Not und Mühe wurde das Tier aus dem Loch in der Erde herausgezogen. Als man der sonderbaren Grube mit Spaten und Schaufeln näher trat, entdeckte man ein Kellergewölbe, das aus dem Mittelalter stammte. Im Gewölbe fand man einen steinernen Gegenstand, auf dem der Name „Wegelein“ zu lesen war. Man nimmt an, daß an dieser Stelle unter dem Acker das Dorf Wegelein gestanden, das, wie so viele andere, im dreißigjährigen Kriege unterging und nicht wieder errichtet wurde.

Heringefallene Ortsgewaltige. Ein hübsches Stübchen erzählt die „Schifflose Arbeiterzeitung“: In der Gegend von Neustadt bei Stolpen erschienen kürzlich in mehreren Gemeinden ein gewandt und schnell aufstrebender Mann; er meldete sich bei dem Gemeindevorstand und stellte sich als Beauftragter und Beamter der „Königlichen Amtshauptmannschaft“ vor, der angewiesen sei, die Gemeindefälle behufs besserer Uebersichtlichkeit zu ordnen, Archive einzurichten usw. Als Gehalt verlangte er pro Tag die bescheidene Summe von 250 Mk. Außerdem wußte er die Herren zu bestimmen, ihn zu bestelligen. Bei seinen Vorstellungen pflegte er eine amtshauptmannschaftliche Revision als in 14 Tagen bevorstehend in Aussicht zu stellen. 31 Gemeindevorstände sind auf seine Versicherungen hineingefallen und haben ihn in den Alten herumhantieren lassen. Seine Arbeit soll die Uebersichtlichkeit nicht besonders gefördert haben. Die Gemeindevorstände erwiesen dem Herrn vielfach noch besondere Ehrungen durch Einführung in ihre honorarigen Stützstellen. Einer der Herren Vorstände soll ihm sogar Epitaphium seine Grabstätte im voraus bezahlt haben. Wieder andernorts soll man ihn sogar beim Abendessen in anheimlicher Stimmung angebracht haben. Die Osterfeiertage hat er in einem Dorte bei Schönitz zugebracht. Er hatte es nicht für nötig gehalten, wegen der paar Tage erst nach Hause zu fahren. Der Herr ist bald darauf als Schwindler entlarvt worden. Er hätte aber wahrhaftig seine erstglückliche Rolle noch weiter gespielt, wenn er nicht auch verurteilt hätte, auf dem Gemeindevorstand in Langsdorf ein Gastspiel zu geben. Hier erzielte ihn das Verderben. Der dortige Gemeindevorstand ersuchte die Amtshauptmannschaft Mitteilung davon, daß sich der Beamte und Beauftragte vorzöge. Da trat natürlich der Schwindler zu Tage. Die Amtshauptmannschaft erließ Wahrungsbefehle, worauf der Schwindler dann im nahen Kuselwalde entdeckt und verhaftet wurde. In diesem Orte war er gleichfalls in Tätigkeit und noch nicht ganz fertig. Bei seiner Verhaftung erklärte er, ein arbeitloser Bureaubeamter zu sein. Seine Absicht sei gewesen, sich einige Zeit Unterhalt zu verschaffen und nach beendetener Tour sich durch einige Mittel für die Deckerbau „Rundschau“ noch etwas Geld zu verdienen. In diesen Antefeln habe er die Zustände auf den Gemeindevorständen und die Nationalität der Gemeindevorstände beleuchten wollen. Werden die heringefallenen Gemeindevorstände jetzt lauge Gestichter machen. Sehr schmeichelhaft ist die Suche für sie nicht.

Die wegen Giftmordversuchs verurteilte Stützoberrin Elise von Gänster in München hatte, wie bekannt, das Gesuch um Wiedereinsetzung des Verfahrens beim Bundesgericht I in München eingereicht, das indessen als unzulässig zurückgewiesen wurde. Auf die hiergegen erhobene Beschwerde hat nunmehr, der „Augsb. Abg.“ zufolge, das Oberste Landesgericht dem Gesuch insofern stattgegeben, als es anordnete, daß ein Teil der vom Verteidiger angebotenen Beweise zu ergehen sei. Das Gesuch um Unterbrechung des Strafverfahrens wurde auch vom Obersten Landesgericht abgelehnt.

„Einer von den Unverbesserlichen.“ Die „Straßburger Post“ erzählt nach dem „Journal d'Alsace-Lorraine“ folgendes letztere Borkommnis, das sich im lothringischen Kreis Falkenberg abgespielt haben soll. Der neue Kreisdirektor v. Rzewuski machte eine Wagenfahrt im Kanton Falkenberg in Begleitung seines Sekretärs. Ein kleiner Unfall veranlaßte den Reiter, sein Gespann anzuhalten. Unter dessen lud der Kreisdirektor seinen Begleiter ein, eine Er-

frischung in einer nahen Wirtschaft zu nehmen. Dort verlangte er von der rasch herbeigeeilten Wirtin, die von dem Besuch in Kenntnis gesetzt worden war, zwei Flaschen „de la bonne bouteille.“ Aber die gute Frau brachte, ohne ein Wort zu sagen, nur einen Krug, den sie vor den Begleiter des „Kreises“ hinsetzte, worauf sich die Flasche wieder an ihren Platz brachte. — „Warum bedienen Sie mich nicht?“ fragte nunmehr Herr von Rzewuski erstaunt. „Sie kennen mich allem Anschein nach nicht.“ — „Doch“, erwiderte die gute Frau, „ich weiß, wer Sie sind, aber ich will mich keiner Uebertretung schuldig machen.“ Mit diesen Worten öffnete sie eine Schublade und zog aus ihr die verhängte Dose der unverbesserlichen Säufere heraus, auf der diejenigen verzeichnet stehen, denen keine Getränke verabreicht werden dürfen, und die vom Kreisdirektor unterschrieben war. „Sie sehen wohl“, sagte die Frau, „daß Sie da drauf stehen!“ — Man hatte einige Mühe, der guten Frau ihren Irrtum begreiflich zu machen.

Vöghenhaft zu vertellen. Stephen Marshall, der Vertreter eines großen Londoner Handelshauses in New-Jork, der die Insel Island sehr gut kennt, erzählt ein hübsches Beispiel dafür, daß niemand mehr Achtung vor dem Buchstaben des Gesetzes haben kann, als der Isländer. Marshall kam vor etwa zwei Jahren durch das Land zwischen Reykjavik und Akureyri; da traf er einen Mann, der auf seinem Bock zur Hauptstadt ritt. „Wie heißt Du?“, fragte Marshall. „Stefan.“ „Wissen Sie Sögu?“ „Thorsteinsson.“ „Wohin geht Du?“ „Zu Gefängnis.“ „Weshalb?“ „Weil ich Schafe gestohlen habe.“ „Bringt Dich niemand hin?“ „Nein, der Richter war beschäftigt und schickte mich deshalb mit dem Vollziehungsbefehl allein hin.“ Darauf boten sie sich gegenseitig eine Pipe an und tranken sich. Als Marshall nach vier Tagen zurückkehrte, traf er seinen neuen Bekannten wieder, er besah sich aufmerksam auf dem Rücken. „Was“, rief Marshall überrascht aus, „Stefan Thorsteinsson! Du sagst doch, daß Du ins Gefängnis gingst.“ „Ja, das habe ich auch getan, aber man hat mich nicht hineingeworfen.“ „Warum nicht.“ „Ich wurde von dem Vollziehungsbefehl, und der Richter in Reykjavik sagte, ohne diesen konnte er mich nicht aufnehmen.“ „Aber warum bist Du nicht schon wieder zu Hause?“ „Du lästest die Pipe doch gut in zwei Tagen machen können!“ Und nun stellte sich heraus, daß Stefan zwei Tage vorgehend nach dem Vollziehungsbefehl im Gefängnis saß, der ihn ins Gefängnis bringen sollte! Wunderbar bleibt nur, daß ein so gewissenhafter Mensch Schafe überhaupt gestohlen hat.

Eine Stunde der Todesangst erlebte ein Schiffer aus Norden, der mit seinen beiden dreißig- und fünfzigjährigen Söhnen eine Bootfahrt machte. Das Boot kenterte beim dorthinigen See, und der Mann stand nun lange bis zur Brust in dem kalten Wasser inmitten des Raubd. Wo er wegen des Ertrinkens nicht vor- und rückwärts konnte. Der ältere Junge war ihm auf der Schulter geklettert, den anderen hielt er im Arme, bis der Kapitän Haal gegen Anbruch zufällig zur See über die See kam und die drei Mannen nahe Menschenengruppe bemerkte. Haal sprang sofort in ein Boot und ruderete aus allen Lebensdrängen zu der Unglücksflotte. Es gelang ihm auch, alle drei zu bergen.

Der Todessturz in den Alpen Wolf von Glawell, der das Hochschwabgebiet seit Jahren absichtlich durchforstete, wollte mit seinen Bekehrten Petrich und Stopper den sogenannten Flibjelen von einer noch nicht begangenen Seite erklimmen. Wolf hatte schon vor drei Wochen einen Versuch erfolglos gemacht. Sie unternahmen den Aufstieg von Mitteral, wo der Oberer Professor, Hofrat Strigowski, der die Touristen bis dahin begleitete, zurückblieb. Nach einiger Zeit sahen Strigowski und noch zwei Herren von Brent des Flibjelen einen dunklen Gegenstand abfliegen, glaubten aber, es sei ein Fels oder eine Lawine. Hofrat Strigowski wollte mit den drei Touristen im Flibjel zusammenstreffen. Als sie aber dort nicht ankamen, wurde sofort ein Unglück vermutet und vom Flibjel eine Führexpedition ausgesandt. Diese fand die aneinander gesessenen Leichen Wolf's, Petrich's, Stoppers, die wahrscheinlich infolge Schneerutschung vom Flibjelen abgerutscht waren.

Ein schreckliches Verbrechen wurde am Sonntag in Dill, Pfortzheim, entdeckt, als die Frau eines Polizeisergeanten, namens Carter, mit durchschnittenen Adern an ihrem Hause stürzte. Einige Nachbarn fanden in der Küche die drei Leichen der Carter'schen Kinder. In einem anderen Raum fanden sie den Sergeanten mit einem Rasiermesser in der Hand; bevor ihm die Waffe aus der Hand genommen

werden konnte, brachte er sich selbst eine gefährliche Wunde am Halse bei. Allen drei Kindern waren die Adern im schrecklicher Weise durch den Rumpf getrennt worden. Carter war seit einem Monat zum Sergeanten befördert worden, und seit dieser Zeit machte sich eine auffällige Erregung seines Wesens bemerkbar. Man vermutet, daß sein Geisteszustand krankhaft gewesen sei. Die ermordeten Kinder standen im Alter von 3, 5 und 7 Jahren. Den Mann und die Frau hofft man am Leben zu erhalten.

Die dritte Nordpolexpedition, die zum Entschluß von Biala und seiner fünfundsiebzig Begleiter, die sich seit zwei Jahren mit dem Schiff „Amerika“ in der Nordpolarregion befinden, bestimmt ist, wird in diesem Monat am Bord der Yacht „Terra Nova“ England verlassen. Die Yacht hat Lebensmittel und Kohlen für fünfzehn Monate an Bord.

Die Feste zu Ehren des Cervantes in Spanien weiteten sich mit der deutschen Schiller-Fest. In Madrid begannen mit großem Gepränge die Festlichkeiten anlässlich der Dreihundertjahrfeier der ersten Veröffentlichung des Don Quixote. Zu der Feier haben Deutschland, England, Frankreich, Italien, Rußland sowie die mittel- und südamerikanischen Republiken offizielle Vertreter entsandt. Die Stadt ist reich geschmückt und in Feststimmung; zahlreiche Fremde sind eingetroffen. Eine Blumenparade am Tage und abends auf der Castellana, sowie ein Popspektakel leiteten die feierlichen Veranstaltungen ein.

Amerika und die Schiller-Fest. Aus New York wird dem „V. L.“ gemeldet: Amerika vom Hudson bis zum goldenen Tor steht im Zeichen Schillers. In Rochester, Milwaukee, Chicago, Philadelphia, Pittsburg, Buffalo wurde der Dichter enthusiastisch geehrt. Drei Leserveranstaltungen fanden in New York statt. Am Sonntag morgen die würdige Feier des Schiller-Bundes, der einen Vorbertrag am Schiller-Verkauf im Centralpark niederlegte, mittags großes Festkonzert der vereinigten Sänger, bei dem Bürgermeister Alec Wilson eine Ansprache hielt, und am Montag abend der großartige Festsitzung vereinigter deutscher Gesellschaften, der sich zu einer gewaltigen Demonstration des Deutschthums gehalten dürfte. Am Dienstag ist die amerikanische Schiller-Fest in der Columbia-Universität, Präsident Butler und Karl Schurz werden reden. Bei dem Schiller-Kommers aller deutscher Studenten hob Prof. Stor Gulod die Bedeutung des Gedenkausstellung mit den deutschen Universitäten hervor und jagte, daß Deutschland den Amerikanern nach England am nächsten stehe, weil es durch die direkte Verbindung mit den Deutschen die Würdigung deutscher Ideale gelernt habe. Die Schiller-Woche wird als der größte Triumph des deutschen Geistes in Amerika bezeichnet.

Gedächtnis der Tiere. Der jüngste Besuch des bekannten Hamburger Tierhändlers Karl Hagenbeck im Zoologischen Garten von New York hat einen interessanten Bericht darüber erbracht, wie lange und wie teuer das Gedächtnis von Löwen und Tigern unter Umständen sich zu bewähren vermag. Hagenbeck hatte sich, so schreibt man dem „V. L.“, bei seinem Eintreffen beim Direktor Hornigke nach zwei Jahren und zwei Tigern, die er vor 20 Monaten an das Institut verkauft hatte, erkundigt, und dabei die Ansicht geäußert, daß die Tiere sich gewiß riesig freuen würden, ihn wiederzusehen. Auf geäußerten Zweifel betraten beide das große Raubrevier, bis sie zu einem Parke kamen, wo sie sowohl die Löwen wie die Tiger sehen konnten. Dann rief Hagenbeck auf Deutsch: „Wie geht es denn Dorene und Wilhelm? Und was ist aus meinem Count und meiner Countis geworden?“ Die Böwin Dorene erwachte zuerst aus der zuvor beobachteten Apathie und begrüßte ihren alten Herrn mit freundlichem Gebrüll, in das dann auch Wilhelm lebhaft einstimmte. Dann hatte aber auch das Tigerpaar ihn erkannt, und das drohende Drartel der Tierstimmen war von solcher Gewalt, daß die Besucher schreien mußten das Weite suchten. Dorene und Wilhelm kämpften dann, aus Gitter sich drängend, um den nächsten Platz zu dem sich nähernden Herrn. Hagenbeck langte darauf mit beiden Händen hinter das Gitter, freischelte und kramte die Tiere wie Gansstücken — eine Zärtlichkeit, die er belläufig Count und Countis trotz der ihrerzeitigen heftigen Freude über sein Kommen nicht zu teil werden ließ. Der kleine Vorfall hat nicht nur in latenten großen Aufsehen erregt, da er einen neuen Beitrag zur Beurteilung tierischer Intelligenz liefert und beispielweise auch die alte Legende von einem Ritter und dem ihm für seine Hilfe dankbaren Löwen als möglich erscheinen läßt.

welch die abhanden gelommene Hypothekensumme ausbezahlt wurde.“

„Wo sollen aber die andern hingekommen sein? Die Summe belief sich doch auf zehntausend Mark?“

„Allerdings — vielleicht hatte die Tote aber bereits vorher einen Teil des Geldes weitergegeben, so daß nur noch der hier vorgefundene Betrag zurückgeblieben war.“

„Wie hat man denn auf einmal die Brieftasche entdeckt?“

„Wehrhant, erzählen Sie einmal den Hergang,“ wandte sich Schubert an den Schuhmann.

Der Schuhmann berichtete wie folgt: „Nachdem vor einigen Tagen das Taschentuch gefunden worden war, erhielt ich vom Herrn Inspektor Sartorius den Auftrag, in dem Keller noch einmal genauer nachzuforschen, ob nicht dort vielleicht noch irgend ein Gegenstand, welcher in betreff der Schuld des Angeklagten weitere Anhaltspunkte böte, zu finden sei. Niemand anders als er oder Schlosser Koller konnte die gefohlene Summe an sich genommen haben — im letzteren Falle hätte Koller Zeit, sie irgendwo zu verbergen, wo sie vielleicht nicht leicht wieder zu erlangen ist; im ersteren wüßte dem Dieb keine solche Gelegenheit, da er nachweislich aus der Hofallischen Villa und dem Garten nicht herausgekommen ist. Es konnte also nur der Keller oder der Keller in Frage kommen. Im Garten blieb alles Suchen erfolglos, ich nahm daher den Keller vor, durchsuchte alle Kammern und grub schließlich mit einer Hacke den Boden auf. Und richtig, in derselben Ritze, in welcher Weringer sich versteckt gehalten, entdeckte ich die Brieftasche, nur lose mit Erde überdeckt, und darin die drei Tausendmark Scheine.“

„Und der Angeklagte erkannte die Tasche sofort als sein Eigentum an?“

„Sawohl“, antwortete Schubert.

„Ohne jedes Zögern?“

„Ohne jedes Zögern — er gab zu, daß ihm keine Diebstahlsache auf der Flucht entfallen sei, wo, wisse er nicht, er habe aber angenommen, beim Erscheinen der Gartenumsiedlung. Die Banknoten hätten sich aber nicht darin befunden — ebensovwenig habe er die Tasche im Keller vergraben.“

Vorenz atmete erleichtert auf. So war denn doch noch nicht alle Hoffnung verloren!

„Rudolf, sage die Wahrheit“, sprach er im Innersten bewegt den Schwager an. „Du weißt nichts von den Scheinen?“

„Bekn ewigen Himmel nicht“, entgegnete der Gefangene monoton.

„Wie sind sie denn aber in Deine Brieftasche gekommen?“

„Ich weiß es nicht — ich bin perplex, wahnsinnig!“

„Natürlich weiß er es nicht“, höhnte der Staatsanwalt. „Wahrscheinlich wüßte es jemand! Den Mörder und Spitzhaken passieren in dieser Hinsicht die merkwürdigsten Dinge. Formliche Wunder und Wunderstücke geschehen, um ihrer flüchtigen Unschuld Fußstapfen und Fußangeln zu legen. Na, nein, Herr Doktor, geben Sie sich keine Mühe — die Beweiskette ist geschlossen bis zum letzten Glied.“

„Aber der Kapitän Morelly —“

Der Staatsanwalt fiel ihm ärgerlich ins Wort. „Bleiben Sie mir endlich mit Ihrem Spul vom Leibe — hier steht Kapitän Morelly!“ — wobei er auf den Gefangenen deutete. „Kein Mensch außer Ihnen ist mehr von dem Dasein dieses Räuberwesens überzeugt.“

„Möglich — trotzdem möchte ich bitten, die Bewachung des Kellerschen Hauses fortzusetzen.“

„Das soll geschehen.“

Vorenz begab sich nach Hause, um Jageborg von dem neuen Zwischenfall in Kenntnis zu setzen. Die junge Dame war außer sich.

„Der Unglückliche, der Arme“, klagte sie unter Tränen den Tränen. „Wie muß er leiden und dulden! O, rette ihn, Vorenz!“

Vorenz erwiderte, er biete alles Mögliche auf, aber eine Verwicklung trete der anderen auf die Fersen. „Bereits ist so viel Beweismaterial gegen ihn aufgestapelt, daß jedes Schwurgericht ohne Frage das Schuldige gegen ihn aussprechen würde!“

„Meinst Du wirklich?“

„Ich bin davon überzeugt.“

„Aber was sollen wir tun? Wir können ihn doch nicht rettungslos verfallen lassen?“

Der junge Anwalt schritt unruhig in dem Zimmer auf und ab.

„Ich bin nahe daran, alle Hoffnung aufzugeben“, kam es endlich von seinen Lippen. „Nur Menschen, die den armen Gefangenen so lieben, wie wir ihn lieben, und so gut kennen, wie wir ihn kennen, vermögen noch an seine Unschuld zu glauben. Wenn er aber unschuldig ist, so geschähen hier Dinge, wie sie unerhörter und verbrechlicher nicht zu denken sind. Ein Komplott liegt vor, eine Konspiration, bei welcher dieser Kapitän Morelly seine verfluchte Hand im Spiele hat.“

„Du hältst also an der Existenz dieses Menschen fest?“

„Gewiß — sobald ich ihn fallen lasse, fällt jede Möglichkeit von Rudolfs Unschuld! Meine einzige Hoffnung ist, daß die Beobachtungen der Geheimpolizei uns den Darschen in die Hände liefern.“

(Fortsetzung folgt.)